

Sowjetunion, DDR und RGW in der Ära Gorbatschow

Zedilin, Leonid I.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zedilin, L. I. (1995). *Sowjetunion, DDR und RGW in der Ära Gorbatschow*. (Berichte / BIOst, 34-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41933>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon

0221/5747-0,

Telefax

0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....
4

Einführung

.....
7

1. UdSSR und RGW: Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit politischer Determinante

.....
7

1.1 Der RGW zu Beginn der Perestroika in der UdSSR: ein verlässliches Potential mit Aussicht auf
Stabilität.....7

1.2 Die DDR als wichtigster Partner.....8

1.3 Cui prodest?.....10

2. Unter der Last der Probleme

.....
12

2.1 Das Problem der Preisbildung und des Transfer-Rubel.....12

2.2 Die strukturelle Barriere und die Quasi-Kooperation.....19

2.3 Rückständigkeit im wissenschaftlich-technischen Bereich.....21

2.4 Nicht kompatible Wirtschaftsmechanismen.....22

3. Auf der Suche nach dem "dritten Weg"

.....
24

3.1 Die 43. und die 44. RGW-Tagung und ihre Beschlüsse.....24

3.2 Neue Formen der Zusammenarbeit.....26

3.3 Übergang zur Verrechnung in frei konvertierbarer Währung.....29

4. Nach der Vereinigung

.....
31

4.1 Die Vereinigung Deutschlands und die Wirtschaftsinteressen der UdSSR.....31

4.2 Die Schlußphase der Wirtschaftsbeziehungen UdSSR-DDR.....	33
---	----

Summary

.....
41

15. Juni 1995

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser arbeitet im Zentrum für russisch-deutsche Studien am Institut für internationale ökonomische und politische Studien in Moskau.

Redaktion: Christian Meier

Übersetzung: Bernd Bentlin

Leonid I. Zedilin

Sowjetunion, DDR und RGW in der Ära Gorbatschow

Bericht des BIOst Nr. 34/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht untersucht den Schlußabschnitt der Mitarbeit der UdSSR im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), vor allem unter dem Blickwinkel der Beziehungen zur DDR. Als Faktenmaterial wurden nicht nur "offene" Daten herangezogen, sondern auch Erkenntnisse, die aus Begegnungen und Diskussionen mit Wissenschaftlern und Praktikern aus der UdSSR und der DDR gewonnen wurden.

Ergebnisse

1. Um die Mitte der achtziger Jahre erreichte der RGW einen kritischen Punkt in seiner Geschichte: Alle Triebkräfte waren erschöpft, und in der Sowjetunion hatten Entwicklungen eingesetzt, die auf eine Liberalisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens zusteuerten. Der Fortbestand des Wirtschaftsblocks der sozialistischen Länder war allein durch den eingefahrenen Mechanismus der Zusammenarbeit bestimmt. Aber keine der Prognosen, die zu Beginn des letzten Fünfjahresplans des RGW in der UdSSR erstellt worden waren, hatte die radikalen Veränderungen vorausgesehen, die sich an seinem Ende im System der Beziehungen ergeben sollten.
2. Die DDR, seit 1961 der wichtigste Handelspartner der UdSSR nicht nur im RGW, sondern unter allen Ländern der Welt, war der Hauptimporteur sowjetischer Rohstoffe und zugleich Großlieferant von Ausrüstungen in die UdSSR. Sie war der größte Teilnehmer an den wesentlichen gemeinsamen Investitionsprojekten auf dem Territorium der UdSSR. Das Ausmaß einer derartigen gegenseitigen Anbindung läßt sich nicht mit ökonomischer Zweckmäßigkeit erklären.
3. Rohstofflieferungen im Tausch gegen nicht konkurrenzfähige Fertigprodukte bildeten die hauptsächliche Form der Anbindung der europäischen RGW-Länder an die UdSSR. Dieses Muster bedeutete, daß die kleinen RGW-Länder einseitige wirtschaftliche Vorteile erlangten, was von ihnen als Lohn für Loyalität gegenüber dem politischen Kurs der UdSSR aufgefaßt wurde. Der höchste Preis wurde an die DDR gezahlt, mit ihm sollte die Stabilität des "Vorpostens des Sozialismus" in Europa und seine Nichtanfälligkeit in den Beziehungen zur "kapitalistischen BRD" gesichert werden.
4. Die einseitigen wirtschaftlichen Vorteile im Warenaustausch mit der UdSSR haben letztlich

keinem der kleinen RGW-Länder genutzt, auch nicht der DDR. Ihre Kehrseite waren Ressourcenvergeudung, erhöhte Materialintensität, sinkende Konkurrenzfähigkeit der Produkte auf den Außenmärkten und Zerstörung der Umwelt.

5. Die Probleme, die sich in der Zusammenarbeit der UdSSR mit den RGW-Ländern angehäuft hatten, waren bis in die Mitte der achtziger Jahre so gut wie nie Gegenstand des Dialogs mit der DDR. Um so schmerzhafter und akuter kamen sie zur Sprache, als sie sich schon zu unauflösbaren Widersprüchen ausgewachsen hatten.
6. Als eines der größten Probleme im RGW galt über Jahrzehnte hinweg die Künstlichkeit der Preise und das Nichtfunktionieren des Transfer-Rubel. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war die Situation mit den Verrechnungen für die sowjetische Seite untragbar geworden. Die Preise für Fertigprodukte aus der DDR waren bei Lieferungen in die UdSSR in ihrer absoluten Mehrheit um ein Vielfaches höher als beim Export entsprechender oder ähnlicher Produkte in den Westen oder sogar in Entwicklungsländer. Auf diese Weise subventionierte die UdSSR die Wirtschaft der DDR jährlich mit einer Summe in Größenordnungen um 3,3 - 4 Mrd. Dollar.
7. Der Import überschüssiger Rohstoffmengen aus der UdSSR ermöglichte es der DDR, diese halbverarbeitet weiterzuexportieren und dadurch nicht nur die wirtschaftliche und soziale Situation im Lande stabil zu halten, sondern auch ein relatives Gleichgewicht im außenwirtschaftlichen Bereich zu bewahren. Die DDR wurde im Laufe der achtziger Jahre zu einem der größten Netto-Exporthändler von Erdölprodukten in Europa.
8. Die Hoffnungen der DDR, sich auf der Basis einschlägiger multilateraler und bilateraler Programme und Abkommen in das hochentwickelte wissenschaftlich-technische Potential der UdSSR einzuklinken, erfüllten sich nicht. Ebenso wie auch die anderen RGW-Länder, erhielt die DDR keinen Zugang zu den neuesten Technologien der UdSSR, da sich der sowjetische militärindustrielle Komplex an der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit im Rahmen des RGW nicht ernsthaft beteiligte.
9. Gegen Ende der achtziger Jahre kam zu den traditionellen Problemen der Wirtschaftsbeziehungen UdSSR-DDR noch ein neues hinzu: die Unmöglichkeit, die Befehlswirtschaft der DDR und das freier werdende, sich immer stärker auf betriebswirtschaftliche Rechnung stützende Wirtschaftssystem der UdSSR aneinanderzukoppeln.
10. Auf der 43., der 44., und der 45. Tagung des RGW wurde aktiv nach Lösungen im Sinne eines "dritten Weges" gesucht: Vereinigung der traditionellen Basis der Zusammenarbeit in Form von Plankoordination mit neuen Formen der Kooperation auf der Ebene der primären Glieder des Produktionsprozesses. Dabei traten, was das Verständnis der neuen Verbindungsformen und der Wege zu ihrer Verwirklichung betraf, prinzipielle Unterschiede zwischen der UdSSR und der DDR zutage.
11. Die Entscheidung, die wechselseitigen Verrechnungen künftig in frei konvertierbarer Währung und zu laufenden Weltmarktpreisen durchzuführen, besiegelte das Schicksal des RGW endgültig. Die entschiedene Haltung der sowjetischen Seite in dieser Frage gründete sich auf Vorstellungen und Berechnungen, die vor allem in der Staatlichen Plankommission (Gosplan)

und im Außenhandelsministerium der UdSSR angestellt worden waren.

12. Obwohl die besten Voraussetzungen für einen sofortigen Übergang zu Verrechnungen in "harter" Währung für den Handel UdSSR-DDR gegeben waren, wurde für das gesamte Jahr 1990 die bisherige Praxis der Bezahlung in Transfer-Rubel beibehalten. Innerhalb eines Jahres nahm für die UdSSR der Negativsaldo im Handel um 3 Mrd. Transfer-Rubel zu.
13. Gegenüber der DDR wurde zur Umrechnung des für die UdSSR passiven Saldos ein nicht gestützter und ungerechtfertigter Kurs zugrundegelegt, der um 40 Prozent höher lag als beispielsweise der Kurs, der in Verrechnungen mit der Tschechoslowakei verwendet wurde.
14. Das Maßnahmenbündel der deutschen Bundesregierung zur Aufrechterhaltung des Osthandels der neuen Bundesländer hat der UdSSR - und Rußland als deren Rechtsnachfolgerin - keinen Nutzen gebracht. Aussichten für eine Gesundung der Wirtschaftsbeziehungen der neuen Bundesländer mit Rußland bestehen dann, wenn sie "entstaatlicht" und vom systembedingten Erbe der "brüderlichen Verbindungen" befreit werden.

Einführung

In diesem Bericht soll versucht werden, die letzten Jahre der Arbeit des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe vor allem am Beispiel der Entwicklung der Beziehungen UdSSR - DDR zu analysieren. Daneben soll auch die Frage untersucht werden, inwieweit wirtschaftliche Überlegungen das Treffen (bzw. Unterlassen) der jeweiligen politischen Entscheidungen der Sowjetführung beeinflusst haben, die auf die eine oder andere Weise zur Wiedervereinigung Deutschlands beitrugen.

Für die Arbeit sind sowohl die üblichen Quellen ("offene" Publikationen, amtliche Statistik und veröffentlichte Dokumente) herangezogen worden als auch Materialien, die in dem Zeitraum, auf den sie sich beziehen, mit dem Stempel "Nur für den Dienstgebrauch" und "Geheim" versehen waren. Außerdem wurden einige Erkenntnisse aus Äußerungen von Amtspersonen und Wissenschaftlern in der UdSSR und der DDR gewonnen, sowie aus vertraulichen Informationen, die diese dem Verfasser, der von 1982 bis 1991 die Sektion DDR im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (IEMSS) leitete, bei Begegnungen und Gesprächen gaben.

1. UdSSR und RGW: Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit politischer Determinante

1.1 Der RGW zu Beginn der Perestroika in der UdSSR: ein verlässliches Potential mit Aussicht auf Stabilität

Als Michail Gorbatschow 1985 an die Macht kam, ahnte er wohl kaum, daß er zum Totengräber des sozialistischen Weltsystems und der sozialistischen Wirtschaftsintegration werden sollte.

Indessen läßt sich heute definitiv sagen, daß es gerade Gorbatschows Reformen waren, die die zentrifugalen Tendenzen im Ostblock auslösten und schließlich dessen Ende beschleunigten.

In der Mitte der achtziger Jahre war der RGW augenscheinlich nicht mehr der Monolith, der er Mitte der siebziger Jahre gewesen war, aber es kündigte auch noch nichts das Ende an, das dann gegen Ende des Jahrzehnts schon fast unausweichlich schien. Jedenfalls war zu diesem Zeitpunkt die Zweckmäßigkeit der Existenz des RGW als Wirtschaftsorganisation noch nicht in Frage gestellt worden. An die "abweichende Meinung" Rumäniens hatte man sich schon gewöhnt, und die Reformen in Ungarn unter Kádár stellten keine Bedrohung für das System als Ganzes dar. Anders ging es eben nicht. Das Fundament für die Zusammenarbeit im RGW war bekanntlich in der Nachkriegszeit gelegt worden, als die Mitglieder des Blocks, damals "Länder der Volksdemokratie" genannt, nicht nur die politischen Strukturen des Stalinismus, sondern auch dessen wirtschaftliche "Experimente" wie etwa den Versuch der Industrialisierung und Kollektivierung kopierten. Das geschah in erster Linie wegen des autarken politischen und wirtschaftlichen Status der UdSSR als Führungsmacht des "sozialistischen Lagers" und somit als Supermacht. In den Blockländern entstanden ähnliche Wirtschaftsmechanismen und geschlossene volkswirtschaftliche Komplexe, die möglichst wenig von der Weltwirtschaft abhängig sein sollten. Einen Anstoß zur Autarkie und zum

Kopieren der Strukturen der Sowjetwirtschaft gab auch die entstandene "internationale sozialistische Arbeitsteilung", deren hauptsächlichlicher Vorzug in der Unabhängigkeit von den konjunkturellen Schwankungen des Weltmarktes gesehen wurde, was durch Koordination der volkswirtschaftlichen Pläne gewährleistet werden sollte. Natürlich konnte der Zusammenbruch eines integrativen Blocks, in dem mehr als die Hälfte des wirtschaftlichen Potentials auf die UdSSR entfiel, nur auf tektonische Verschiebungen innerhalb der dominierenden Vormacht zurückgehen.

Die in der Mitte der achtziger Jahre gemachten Prognosen zur Entwicklung der Zusammenarbeit der UdSSR mit den RGW-Ländern stützten sich hauptsächlich auf die Hochrechnung der zu diesem Zeitpunkt angelegten Tendenzen sowie auf die Ergebnisse der Vorbereitungsarbeit zur Koordinierung der Pläne. Den meisten Analytikern schienen die Aussichten schon damals nicht rosig zu sein, was aber nicht am politischen Klimasturz in der UdSSR und den "Bruderländern" lag (der entstandene Status-quo wurde in solchen Prognosen in der Regel als Konstante gesetzt), sondern hauptsächlich an den zunehmenden binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor allem in der Sowjetunion selbst, und an der Verschlechterung der Weltkonjunktur.

Was die äußeren Faktoren betrifft, so war die größte Quelle der Besorgnis bei der Einschätzung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den RGW-Ländern gegen Ende des Fünfjahresplans die radikal veränderte Situation auf den internationalen Rohstoff- und besonders Energiemärkten, wo Anfang 1986 die Preise (vor allem die für Erdöl) beträchtlich gesunken waren, was die Handelsbedingungen für die UdSSR ernsthaft zu verschlechtern drohte. Es wurden Berechnungen angestellt, laut denen im Handel mit den europäischen RGW-Ländern die Senkung des Preises für ein Barrel Erdöl um einen (Transfer-) Rubel den entsprechenden Erlös um 500 Mio. Rubel mindern würde.¹ Vorausgesagt wurde dabei nicht ein Rückgang des physischen Volumens der Brennstoff- und Rohstofflieferungen in die RGW-Länder (nach der Koordinierung der Pläne war es, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigten, gar nicht einfach, sie zu korrigieren), sondern vielmehr ein Übergewicht des Imports gegenüber dem Export und damit das Entstehen eines erheblichen negativen Handelsbilanzsaldos für die UdSSR.

Insgesamt dachte zu der Zeit niemand, daß der Konsens im gemeinsamen sozialistischen Haus durch eine solche Entwicklung gestört werden könnte. Eher würde die Sowjetunion, wie schon früher, auch diesmal wieder ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen hintenanstellen. Weder die schwerwiegenden strukturellen Verschiebungen noch die Veränderungen in der Rangfolge der Wirtschaftspartner, unter denen die DDR zu Recht den ersten Platz einnahm, wurden damals vorausgesehen.

1.2 Die DDR als wichtigster Partner

Aufgrund der Koordination der Pläne für den Zeitraum 1986-1990 behielt die DDR die Position als wichtigster Partner der UdSSR im Bereich des Außenhandels. 1988 betrug ihr Anteil am gesamten Außenhandelsumsatz der UdSSR über 10 Prozent und im Handel mit den RGW-Ländern ca. 19 Prozent.² Ihren ersten Platz hielt die DDR praktisch seit 1961, als der Warenaustausch der Sowjetunion mit China rapide zurückging. Die UdSSR ihrerseits nahm immer die erste Stelle in den

¹ Prognose des Instituts für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems.

² Berechnet nach Angaben des statistischen Jahrbuchs "Vnešnekonomičeskie svjazi SSSR v 1988 g.", Moskau: Finansy.

Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der DDR ein (1988 entfielen auf die UdSSR 37 Prozent des Außenhandelsumsatzes der DDR). Für den Fünfjahresplan 1986-1990 war folgender Zuwachs der gegenseitigen Lieferungen geplant:

Tabelle 1

Warenaustausch zwischen der UdSSR und der DDR³ (Mrd. Rubel in Preisen von 1985)						
	Export der UdSSR			Export der DDR		
	1985	1990	Steige- rung %/Jahr	1985	1990	Steige- rung %/Jahr
Export insgesamt	7,4	8,7	3,3	7,4	9,1	4,2
Maschinen und Ausrüstungen	0,9	1,9	16,1	5,2	5,6	1,5
Brenn- und Rohstoffe, Chemieprodukte	5,8	6,0	0,6	0,9	1,1	4,1
Industrielle Konsumgüter	0	0	-	1,1	1,6	7,8

Wie schon in den vorausgegangenen Jahren, sollte die DDR der größte Teilnehmer an so gut wie allen bedeutenden gemeinsamen Investitionsprojekten auf dem Territorium der UdSSR sein. Sie sollte sich an der Erschließung des Gaskondensatvorkommens Jamburg, an der Ausrüstung des Erzaufbereitungskombinats Kriwoj Rog, an der Erdölindustrie in der Kaspischen Senke, an der Ausrüstung einer ganzen Reihe von Objekten des agrar-industriellen Komplexes, der Nahrungsmittel- und Leichtindustrie sowie an der Vollendung des Baus der Eisenbahn-

³ Angaben von Gosplan der UdSSR.

Fährverbindung Mukran-Klaipeda beteiligen.

Daß die UdSSR der bedeutendste Förderer von Roh- und Brennstoffen auf der Welt war, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Weniger bekannt ist hingegen, daß der größte ausländische Abnehmer sowjetischer Roh- und Brennstoffe ein Land mit einer Bevölkerung von 17 Millionen Menschen und einer Fläche von 108 000 km² war. 1988 nahm die DDR unter allen Handelspartnern der UdSSR, gemessen am Importvolumen von Erdöl, Walzgut, Röhren und Papier, die erste Stelle ein, bei der Einfuhr von Mineralien, Roheisen, Schnittholz und Baumwolle stand sie an zweiter Stelle und bei der Einfuhr von Gas an dritter.⁴ Der Anteil der Lieferungen aus der UdSSR bei der Verarbeitung der jeweiligen Rohstoffe in der DDR betrug für Erdöl und Baumwolle fast 90 Prozent, für Eisenerz, Walzgut und Eisenmetalle 70-80 Prozent, für Steinkohle und Buntmetalle 60-80 Prozent. Außerdem war die DDR einer der Hauptabnehmer für einige relativ konkurrenzfähige Produkte der sowjetischen Technik. Aus sowjetischen Lieferungen wurde im wesentlichen der Bedarf der DDR an Traktoren, Bulldozern, Baggern, LKW und Luftfahrttechnik bestritten.⁵ Über 40 Prozent der Elektroenergie der DDR wurde mit sowjetischen Ausrüstungen erzeugt.

Die DDR ihrerseits war für die UdSSR der Hauptlieferant von maschinentechnischen Erzeugnissen und von Massenkonsumgütern. Auf die ersteren entfielen 1988 im Export der DDR in die UdSSR ca. 67 Prozent, auf die letzteren 15 Prozent des gesamten Lieferwerts. Bis dahin war die DDR zum Hauptlieferanten der UdSSR bei einer ganzen Reihe von Erzeugnissen geworden: Ausrüstungen zur Metallverarbeitung, Kabel, Ausrüstungen für die erdölverarbeitende Industrie und die Druckindustrie, Pumpen, landwirtschaftliche Maschinen (aus der DDR kamen über 40 Prozent des gesamten sowjetischen Imports von landwirtschaftlicher Technik), Schiffe, Personenzugwaggons, Unkrautvernichtungsmittel, Ober- und Untertrikotage und sogar Möbel.

Die koordinierten Volkswirtschaftspläne beider Länder sahen vor, daß bei der Ergänzung des sowjetischen Personenzugwaggonparks über 35 Prozent durch den Import von Waggons aus DDR-Produktion bestritten werden sollten und daß Fischereischiffe aus der DDR den sowjetischen Bestand um 40 Prozent ergänzen sollten. Aus der DDR sollte die Sowjetunion bis zu 66 Prozent der importierten Bagger und Kräne, bis zu 60 Prozent der Metallbearbeitungsmaschinen und bis zu 40 Prozent der Schmiede- und Preßausrüstungen erhalten.

Allein schon diese heute nur schwer vorstellbaren Ausmaße der wirtschaftlichen Aneinanderbindung beider Länder hätten, wie es scheint, der Sowjetführung Anlaß bieten müssen, zumindest über zwei Fragen nachzudenken: 1. Warum mußte die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgerechnet mit der DDR solche Höhen erreichen? 2. Liegen dem, soweit die sowjetische Seite betroffen ist, vorwiegend wirtschaftliche Interessen zugrunde? Natürlich machte eine ehrliche Antwort auf die zweite Frage die erste gegenstandslos.

1.3 Cui prodest?

Einer der führenden Wissenschaftler des Instituts für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems (IMSS), der einstige Hauptspezialist für Effektivitätsprobleme des Außenhandels, Professor

⁴ Berechnet nach Angaben der Außenhandelsstatistik der UdSSR.

⁵ Angaben laut: Statistisches Jahrbuch der DDR.

Schastitko, sagte über die Beziehungen im Rahmen des RGW einmal gewissermaßen im Scherz, die kleinen Länder verhielten sich gegenüber der Sowjetunion nach dem Motto: Wenn Gewalt unvermeidlich wird - entspannen und das Leben genießen! Er war der Ansicht, daß es für die UdSSR politisch und wirtschaftlich vorteilhafter sei, im Handel Verluste zu erleiden als Panzer rollen zu lassen. Die These ist, wie sich gezeigt hat, richtig, wenn die Möglichkeit einer Veränderung des Status-quo in der Sowjetunion selbst völlig ausgeschlossen ist. Aber selbst bei einem unveränderten politischen Regime in der UdSSR hätte das alteingefahrene System der Beziehungen zu den RGW-Ländern nicht mehr lange überdauern können, und sei es nur wegen der in den letzten Jahren steil gesunkenen Effektivität bei der Förderung von Rohstoffen und wegen des Rückgangs der absoluten Fördermengen. Wenn man die Bruderländer weiter "über Wasser" halten wollte, dann mußte das unter diesen Bedingungen unvermeidlich zu schwersten sozial-ökonomischen Erschütterungen im Lande selbst führen, und darüber konnte die Sowjetführung nicht mehr hinwegsehen.

Aber hatten die kleinen RGW-Länder von der Verlängerung der in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verfestigten Tendenzen einen Vorteil?

Was die eigentlich prosowjetischen Regime betraf, so bedeutete dies zweifellos eine Verlängerung ihrer Existenz. Für die DDR etwa hätte ein Abbau der spezifischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR die unvermeidliche Einschränkung ihrer starken Sozialpolitik bedeutet, und im Zusammenhang damit wären auch Probleme für die sozialistischen Länder entstanden. Hätte die DDR auch nur noch ein Jahr als selbständiger Staat weiterexistiert, dann wäre diese These in der Praxis voll bestätigt worden.

Aber letztlich hat von der Zusammenarbeit mit der UdSSR nach dem entstandenen Muster eigentlich keines der RGW-Länder wirtschaftlich profitiert. Mit der einseitigen Bindung an die Sowjetunion, von der sie Großaufträge für ihre verarbeitende Industrie erhielten, erwiesen sich die kleinen Länder einen Bärendienst. In ihrer großen Masse waren die für die Sowjetunion bestimmten Produkte für keinen anderen Partner auf dem Weltmarkt zu gebrauchen, selbst bei erheblich geringeren Liefermengen nicht. Der Import von Rohstoffen, die viel kostengünstiger waren als das, was man aus anderen Ländern hätte einführen können, hatte auf die Wirtschaft der kleinen RGW-Länder eine Wirkung wie ein starkes Betäubungsmittel: man gewöhnte sich daran, und als man keine mehr erhielt, hatte das einen sehr schmerzhaften Kollaps zur Folge (der eigentlich ein Kollaps der entstandenen Struktur des Produktionsapparats war).

Infolge der politisierten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR entstanden in den europäischen RGW-Ländern einseitig ausgerichtete und, was die Hauptsache ist, außerordentlich material- und energieintensive volkswirtschaftliche Komplexe. Die billigen Rohstoffpreise führten dazu, daß sich sowohl in der Produktion als auch in den privaten Haushalten eine Mentalität der Verschwendung verfestigte, was für kleine Länder mit sehr begrenzten Reserven an Bodenschätzen ein Luxus war, den sie sich eigentlich nicht leisten konnten. Und schließlich trug, besonders in den letzten Jahren, das Eingebundensein in die "internationale sozialistische Arbeitsteilung" in allen Ländern direkt oder indirekt zu einer rapiden Verschlechterung der ökologischen Situation bei.

Somit konnte die gegenseitige Vorteilhaftigkeit der sozialistischen Wirtschaftsintegration nur mit

Hilfe hochintellektueller theoretischer Konstruktionen postuliert und bewiesen werden, während sie in der Praxis nur in Ausnahmefällen Bestätigung fand. Der Grund dafür war vor allem der, daß die Proportionen des Naturaltausches, zumal wenn dieser aufgrund politischer Erwägungen stattfindet, praktisch nichts mit den Proportionen des Tausches auf Wertbasis, wie er auf den Weltmärkten stattfindet, gemein hat.

2. Unter der Last der Probleme

2.1 Das Problem der Preisbildung und des Transfer-Rubel

Die Preisbildung ist immer die Achillesferse der Wirtschaftssysteme von Staaten mit einer Zentralverwaltungswirtschaft gewesen. Was den RGW als Wirtschaftsorganisation dieser Staaten angeht, so hatten die Preise, mit denen die Staaten untereinander "handelten" zwar eine gewisse Bindung an die Weltmarktpreise, aber ihnen lag bei den meisten Produkten keine reale Kostenbasis zugrunde. Bezeichnend dabei ist, daß praktisch alle Teilnehmerländer mit den Preisen auf dem "RGW-Markt" unzufrieden waren. Auch der Übergang auf eine sogenannte "gleitende Basis", bei der die Preise im RGW für das nächste Jahr auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise im vergangenen Fünfjahreszeitraum festgelegt wurden, beseitigte das Problem nicht, ja es milderte es noch nicht einmal.

Die Künstlichkeit der Preise wirkte sich unmittelbar auf das Verhältnis zum Transfer-Rubel, der Quasi-Währung der RGW-Länder, aus. Seinem Wesen nach eine reine Verrechnungseinheit, hatte der Transfer-Rubel tatsächlich keinerlei andere Funktion.

Die sorgsam gehütete Unabhängigkeit des RGW-Handels von den Preisschwankungen des Weltmarkts entpuppte sich in der Realität als Orientierung auf die Produktionskosten der Monopolunternehmen, besonders bei Fertigprodukten. Der Tausch nach Plan, d.h. seine Regelung durch die Abstimmung verbindlicher Pläne, führte in der Praxis zu einem Bruch zwischen Angebot und Nachfrage. Mangel wurde zu einem der Hauptmerkmale im gegenseitigen Handel. Der RGW-Markt wurde praktisch bei allen Waren zum Markt des Verkäufers, der dem Käufer seine Bedingungen diktierte, und das bedeutete in fast allen Fällen, daß die Situation, wie sie auf dem Weltmarkt herrscht, auf den Kopf gestellt war.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde die Situation mit den Verrechnungen zu verzerrten Preisen in künstlicher Währung für die sowjetische Seite, die bis dahin versucht hatte, diesem Problem auszuweichen, untragbar. Vermutlich war es gerade die Änderung des allgemeinen Kurses gegenüber den RGW-Partnern, die den seinerzeitigen Ministerpräsidenten der UdSSR Ryshkow auf der 45. RGW-Tagung zu der Erklärung veranlaßte, der Transfer-Rubel könne "nicht als vollwertiges Zahlungsmittel gelten", und es würden "verglichen mit dem Dollar, diskriminierende Wechselkurse des Transfer-Rubel zu den nationalen Währungen festgesetzt".⁶ Für die sowjetische Wirtschaft war der Transfer-Rubel allerdings immer geringfügig billiger als der Devisen-Rubel, denn um das eine wie das andere zu erhalten, mußten gewaltige Mengen an Rohstoffen und Halbfabrikaten geliefert werden. Die sowjetischen Wirtschaftler, die im Transfer-Rubel eine Währung keineswegs erster

⁶ Pravda, 10.01.1990.

Güte sahen, waren nicht selten bereit, den RGW-Partnern vielfach überhöhte Preise zu zahlen, etwa für Erzeugnisse des Maschinenbaus, denn sie hatten keine Vorstellung von den tatsächlichen Kostenproportionen und ebensowenig vom wahren Wert der gekauften Maschinen. Besonders stark verzerrt waren die Tauschproportionen im Warenaustausch zwischen der UdSSR und der DDR, der nach dem Schema "Rohstoffe gegen Fertigwaren" ablief (s. *Tabelle 2*).

Offiziell gestattete es die in der DDR veröffentlichte Statistik nicht, die Preise für den Verkauf von Waren an den Westen und an den Osten miteinander zu vergleichen, denn sie führte traditionsgemäß keine Angaben über das wertmäßige und physische Volumen der Lieferungen. Diese Angaben über die DDR mußten für die Aufnahme in das geheime Handbuch des RGW gemacht werden, und auf der Basis von dessen Angaben ist die *Tabelle 3* zusammengestellt.

Tabelle 2

Durchschnittspreis einzelner Importgüter aus der DDR in der UdSSR (Angaben für 1988)			
	P r e i s		
	1.000 TRubel	umgerechnet auf Lieferungen aus der UdSSR	
		Erdöl (Tonnen)	PKW (Stück)
Metallbearbeitungs- maschine	117,8	961	44
Kugelmühle	504,5	4.115	189
Pumpe	3,3	27	1,2
Industriearmatur (1 Tonne)	2,5	20	1

Rechenmaschine für Buchführung	5,6	46	2
Mähdrescher	23,7	193	9
Mähmaschine	16,1	127	6
Personenzugwaggon	196,7	1.604	74
Speisewagen	567,7	4.638	213

Quelle: Vnešnekonomièeskie svjazi SSSR v 1988 g., Moskau: "Finansy i statistika", 1989, S. 127-135.

(Besonders fällt hier das Tauschverhältnis von einer Tonne Armaturen aus der DDR gegen einen PKW "Lada" auf.)

Tabelle 3

Durchschnittlicher Preis einzelner Güter beim Export aus der DDR			
Ware	Preis beim Export		
	in die UdSSR	in entwickelte Länder	in Entwicklungs- länder
Metallbearbeitungsmaschinen (1.000 Rubel/Stück)	112	7	23
Dieselmotoren (stationär und Schiffs-) (1.000 Rubel/Stück)	63	7	36
Portalkräne (1.000 Rubel/Stück)	632	111	243
Kranwagen (1.000 Rubel/Stück)	50	-	35
Bagger (1.000 Rubel/Stück)	75	45	46
Mähdrescher (1.000 Rubel/Stück)	48	10	18
Personenzugwaggons (1.000 Rubel/Stück)	205	-	180

LKW (1.000 Rubel/Stück)	9,5	1,8	11
Soda, kaustisch (Rubel/Tonne)	177	49	-
Soda, kalziniert (Rubel/Tonne)	74	70	47
Harz, polychloriert (Rubel/Tonne)	532	348	516
Polyäthylen (Rubel/Tonne)	573	371	560
Farben und Lacke (Rubel/Tonne)	867	224	377
Kunstfasern (Rubel/Tonne)	1.667	586	3.000
Fleisch und Fleischprodukte (Rubel/Tonne)	780	555	538
Tierische Speisefette (Rubel/Tonne)	623	425	600
Baumwollstoffe (Rubel/m ²)	1,2	0,6	0,54
Teppiche (Rubel/m ²)	5,0	1,7	2,3

Lederschuhe (Rubel/Paar)	3,5	3,4	-
Nähmaschinen (Haushalts-) (Rubel/Stück)	137	36	62

Quelle: Vnešnjaja trgovlja stran SV v 1987 g., Bd. 2

Nicht alle angeführten Zahlen können als so repräsentativ gelten, daß sich mit ihrer Hilfe auf die Preisunterschiede beim Verkauf bestimmter Fertigprodukte durch die DDR an den Westen und in die UdSSR schließen ließe. Nur einige der Positionen bestehen aus gleichartigen Waren (Soda, Polyäthylen, Nähmaschinen), so daß ihre Preise vergleichbar sind. Aber auch ein Vergleich der durchschnittlichen Preise für einzelne Erzeugnisse des Maschinenbaus (Werkzeugmaschinen, Kräne u.a.) sagt vieles aus: zum ersten, daß die DDR in den Westen in der Regel weit weniger komplizierte und somit billigere Techniken verkaufte (z.B. Metallbearbeitungsmaschinen), und zum zweiten, daß die DDR beim Verkauf ihrer Erzeugnisse gegen frei konvertierbare Währung oft genötigt war, zum Mittel des Dumping zu greifen. Daneben vermitteln die angestellten Berechnungen - bei aller Bedingtheit - eine Vorstellung vom allgemeinen Stand der Dinge Ende der achtziger Jahre: Bei allen Produkten waren die Preise, die die DDR beim Export in die UdSSR verlangte, höher als beim Export in den Westen und bei den meisten Waren auch höher als beim Export in Entwicklungsländer. Hätten allerdings innerhalb des RGW die international üblichen Handelsnormen gegolten, dann hätten die Preise beim Export in die UdSSR in der Regel niedriger sein müssen, denn die UdSSR war fast immer Käufer großer Warenmengen.

Wenn man den Umfang der in Transfer-Rubel angegebenen Exportlieferungen der DDR in die UdSSR in "harter" Währung schätzen will, dann kann man auch eine andere Methode anwenden, und zwar mit Hilfe eines Vergleichs dessen, was die DDR aufwenden mußte, um einen Transfer-Rubel und eine DM zu erwirtschaften.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre betrug der Wechselkurs des Transfer-Rubel in der DDR 4,67 Mark. Die meisten Industriebetriebe und Kombinate der DDR, die ihre Produkte in die UdSSR lieferten, erwirtschafteten den Transfer-Rubel jedoch billiger. Der Außenhandelspreis in Mark der DDR, d.h. der unter diesen Bedingungen erzielte Gewinn des Unternehmens, übertraf die Aufwendungen bei weitem. So berichten z.B. die Leiter des Kombinats "Umformtechnik Erfurt" (Herstellung von Schmiede- und Preßausrüstungen), daß zu Beginn der achtziger Jahre beim Export in die UdSSR 3,6 bis 3,8 Mark der DDR aufgewendet werden mußten, um einen Transfer-Rubel zu erhalten. Aber selbst wenn man davon ausgeht, daß der Erlös aus dem UdSSR-Export nur die Produktionskosten und sonstigen Aufwendungen deckte - d.h. daß die Effektivität des Exports nur 100 Prozent betrug und ein Transfer-Rubel 4,67 Mark der DDR wert war - dann wurden 1988 nach interner Schätzung Waren im Wert von 32,8 Mrd. Mark der DDR (7,2 Transfer-Rubel mal 4,67) aus der DDR in die UdSSR geliefert.

Aber wie hoch wäre der binnenwirtschaftliche Preis gewesen, wenn die DDR nicht in Transfer-Rubel, sondern beispielsweise in DM hätte zahlen müssen? Gegen Ende der Existenz der DDR, als auch dort Transparenz zur Lebensnorm geworden war, wurde u.a. bekannt, wie teuer das Land der Erwerb harter Währung zu stehen kam. Zwei bekannte Wirtschaftswissenschaftler, die Professoren Christa Luft und Eugen Faude, haben z.B. errechnet, daß, um eine Million DM zu erwirtschaften, Exportwaren im Wert von durchschnittlich 4,4 Mio. Mark der DDR produziert und verkauft werden mußten.⁷

Das bedeutet, daß für Importe aus der UdSSR im Wert von 13,5 bis 15 Mrd. DM (4,5 - 5 Mrd.

⁷ Neues Deutschland, 17.11.1989.

Transfer-Rubel) bei Zahlung in harter Währung nach einer internen Schätzung nicht 32,8 Mrd., sondern 59 bis 66 Mark der DDR hatzen aufgewendet werden müssen, d.h. die doppelte Summe. Die Differenz beträgt 26 bis 33 Mrd. Mark der DDR oder, wieder umgerechnet zum genannten realen Kurs, 3,3 bis 4 Mrd. US-Dollar.

Etwa diese Summe hätte die DDR allein 1988 zusätzlich für Warenlieferungen aus der UdSSR bezahlen müssen, wenn die Verrechnung in harter Währung erfolgt wäre und die Waren zu aktuellen Weltmarktpreisen verkauft worden wären. Nach den Berechnungen ungarischer Wirtschaftswissenschaftler hätte Ungarn einen Passivsaldo von 1 bis 1,5 Mrd. Dollar gehabt.⁸ Auf diese zwei Länder wären in diesem Falle ca. 5 Mrd. Dollar entfallen, und auf alle sechs osteuropäischen RGW-Länder ungefähr 13 bis 15 Mrd. Dollar. Diese Summe könnte man einerseits als massive Unterstützung für die Wirtschaften dieser Länder ansehen, andererseits aber auch als entgangenen Vorteil für die Wirtschaft der Sowjetunion bzw. als den wirtschaftlichen Preis für den Erhalt des politischen Blocks.

Leider hat, wie die nachfolgenden Ereignisse zeigten, die Regierung der UdSSR und danach auch die Rußlands bei den Verhandlungen mit den RGW-Ländern über die Frage der Umrechnung des Handels- und Zahlungsbilanzsaldos derartige Berechnungen offensichtlich nicht herangezogen. Infolge dieser mangelnden Vorbereitung schied Rußland, das die Verpflichtungen der UdSSR übernommen hatte, mit einer gewaltigen zusätzlichen Verschuldung gegenüber praktisch allen ehemaligen sozialistischen Ländern Europas aus dem RGW aus. Wie es aber scheint, kann die Frage nicht als abgeschlossen gelten, besonders, soweit es um die Gesamtverschuldung Rußlands gegenüber dem vereinigten Deutschland geht. Darauf soll noch an anderer Stelle eingegangen werden.

2.2 Die strukturelle Barriere und die Quasi-Kooperation

Der Warenkorb im Handel UdSSR-DDR war ein klassisches Beispiel für die schon erwähnte "strukturelle Barriere". Es muß betont werden, daß diese Barriere nur für den Handelsaustausch zwischen der Sowjetunion und den europäischen Ländern kennzeichnend war. Die kleinen europäischen RGW-Länder waren bemüht, sich im Handel untereinander an das Tauschmuster: "weiche" gegen "weiche" und "harte" gegen "harte" Waren zu halten (als "weich" im Gegensatz zu "hart" wurden solche Waren bezeichnet, die gegen frei konvertierbare, d.h. "harte" Währung unverkäuflich waren). Dagegen zeigte der Handel der UdSSR mit den sozialistischen Ländern Asiens und mit Kuba ein ausgeglicheneres Bild: Im Export der UdSSR war der Anteil von Maschinen und Ausrüstungen um ein erhebliches Maß höher, und im Import war der Anteil an Fertigprodukten unbedeutend. Im Export der UdSSR in die DDR betrug der Anteil unverarbeiteter Rohstoffe bis zu 80 Prozent, während der Anteil an Maschinen seit Mitte der siebziger Jahre nicht über 17 Prozent stieg.⁹

Die Struktur des Warenaustausches zwischen der UdSSR und der DDR verdient auch heute noch

⁸ Izvestija, 09.01.1990.

⁹ Hier und im weiteren Verlauf des Abschnitts 2.3 werden Zahlen verwendet, die auf der Basis der offenen statistischen Jahrbücher "Vnenekonomieskie svjazi SSSR" (Moskau: "Finansy") sowie der zur Zeit der Existenz des RGW geheimen statistischen Nachschlagewerke "Vnenjaja trgovlja stran SV" für die jeweiligen Zeiträume errechnet wurden.

Beachtung, denn ihre Analyse gestattet es weitgehend, das Phänomen DDR zu erklären und vor allem den Ruf, den sich der sozialistische deutsche Staat als Betreiber einer starken Sozialpolitik und als solider Außenhandelspartner erworben hatte, richtig einzuordnen.

Wie schon erwähnt, war die DDR der größte ausländische Abnehmer sowjetischer Rohstoffe. Besonders beeindruckend war das Ausmaß der Erdöllieferungen. Insgesamt importierte die DDR in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gleichbleibend 22 bis 23 Mio. Tonnen Rohöl pro Jahr. Davon entfielen auf Importe aus der UdSSR etwas über 19 Mio. Tonnen. Von dieser Menge wies die offizielle Statistik der DDR nur 17,1 Mio. Tonnen aus, d.h. nur die Menge, die aufgrund langfristiger Vereinbarungen und Plankoordination ins Land kam. In der offiziellen sowjetischen Statistik kamen zu der genannten Menge noch 2 Mio. Tonnen hinzu, die von der DDR nur im Tausch gegen "harte" Waren (z.B. Lebensmittel) geliefert wurden. Insgesamt erhielt die DDR aus der UdSSR über 1,2 Tonnen Erdöl pro Kopf der Bevölkerung (zum Vergleich: In der UdSSR entfielen nach Abzug der Lieferungen für den Auslandsmarkt 1,5 Tonnen auf einen Einwohner). Zweifellos war der Bedarf an Energieträgern, den ein so umfassender und diversifizierter Wirtschaftskomplex wie die DDR-Wirtschaft hatte, höher als bei den anderen europäischen RGW-Ländern. Bedenkt man aber erstens die Leistungen der DDR auf dem Gebiet der Rohstoff- und besonders der Energieträgerwirtschaft, die unter allen RGW-Ländern am deutlichsten sichtbar waren, zweitens die seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre allenthalben durchgeführte Ersetzung von Erdöl und Steinkohle in der Energetik durch die heimische Braunkohle und drittens den steilen Anstieg des Exports von Erdölprodukten aus der DDR in westliche Länder seit Beginn der achtziger Jahre, dann kann man nur zu der einen Schlußfolgerung kommen: Die DDR importierte aus der UdSSR weit mehr Erdöl als zur Deckung des Inlandsbedarfs notwendig war. Die vorliegenden Zahlenangaben zur Energiebilanz der DDR lassen darauf schließen, daß der Eigenbedarf des Landes nur 11 Mio. Tonnen Erdöl betrug, während der Export von Erdölprodukten der DDR in den Westen im Zeitraum 1980-1987 um das Zweieinhalbfache auf 6 Mio. Tonnen zunahm. Außer Erdölprodukten exportierte die DDR in den Westen hauptsächlich Halbfabrikate und Fertigwaren, die auf der Basis billiger sowjetischer Rohstoffe hergestellt waren, insbesondere Textilien, Kunstfasern und andere chemische Produkte, Möbel sowie metallurgische Produkte.

Auf diese Weise wurde mit Hilfe erhöhter billiger Rohstoffimporte aus der UdSSR nicht nur das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht und damit wiederum während mindestens der letzten 20 Jahre der Existenz der DDR ein erhöhter Lebensstandard der Bevölkerung erhalten, sondern es wurde auch ein mehr oder weniger befriedigender Saldo der Handels- und Zahlungsbilanz in den Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit dem Westen sichergestellt.

Was den Tausch von maschinentechnischen Produkten betrifft, so fand er nicht nur auf der Basis der Koordination der Fünfjahrespläne statt, sondern auch auf der Basis sogenannter Abkommen über Spezialisierung und Kooperation, die zwischen den Branchenministerien geschlossen wurden. Im Grunde regelten diese Abkommen nur die entstandenen Warenströme, aber es stand keine ausreichend seriöse brancheninterne Arbeitsteilung dahinter. Ein kooperativer Austausch von Baugruppen und Komponenten für die gemeinsame Produktion fehlte praktisch. Statt dessen fand eine Spezialisierung zwischen den Branchen statt, bei der Rohstoffe (z.B. Erze und Kohle) aus der UdSSR in die DDR geliefert wurden, wo aus ihnen materialintensive Produkte (z.B. Schiffe und

Eisenbahnwaggons) hergestellt wurden, die sodann in die UdSSR geliefert wurden. Besonders intensiv waren dabei in den letzten Jahren Lieferungen von Ersatzteilen für veraltende Techniken.

Infolge dieser Spezialisierung war die UdSSR der einzige ausländische Abnehmer vieler metallintensiver Techniken aus DDR-Produktion, wie z.B. Hebe- und Transportvorrichtungen, Schiffe, Eisenbahnwaggons, die meisten agrartechnischen Geräte u.a.m. Man kann sagen, daß die Industrie der DDR - wie auch die der anderen Lieferländer von Maschinen - durch die Aufträge der sowjetischen Ministerien und Behörden faktisch desorientiert wurde, denn durch eindeutig zu niedrig angesetzte Anforderungen an die Qualität und den technischen Standard präjudizierten sie in vielerlei Hinsicht deren Rückständigkeit.¹⁰ Es gibt eine Fülle von Beispielen dafür, wie DDR-Unternehmen, die mehr als die Hälfte ihrer Maschinenbauprodukte (entsprechend langfristigen Abkommen) ohne besondere Probleme in die UdSSR schickten, die größten Schwierigkeiten hatten, einzelne Einheiten dieser Produkte in Länder des Westens zu verkaufen, und das auch nur in Spezialauftragfertigungen und zu Dumpingpreisen.

2.3 Rückständigkeit im wissenschaftlich-technischen Bereich

Während die Probleme der "strukturellen Barriere" und der Nichtäquivalenz des Austausches widerstrebend anerkannt wurden und von der DDR-Seite auf allen Ebenen, von den obersten Etagen der Macht bis hin zu wissenschaftlichen Mitarbeitern diskutiert wurden, so beunruhigte das Problem der wissenschaftlich-technischen Rückständigkeit die DDR beinahe noch mehr als die sowjetische Seite. Natürlich konnte der Fortbestand des niedrigen technischen Standards der im Rahmen langfristiger Abkommen aus der DDR gelieferten Produkte auch die sowjetische Bürokratie, der die entsprechenden Bereiche der Zusammenarbeit oblagen, nicht gleichgültig lassen. So hieß es in einem nicht offenen Papier des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik, daß 40 Prozent der in die UdSSR gelieferten Ausrüstungen in ihren technischen Merkmalen hinter denjenigen zurückstehen, die auf den Märkten der kapitalistischen Länder abgesetzt werden (nach unserer Einschätzung lag der Anteil rückständiger Technik erheblich höher). Allerdings waren die in der DDR gekauften Maschinen hauptsächlich für diejenigen Bereiche der sowjetischen Wirtschaft bestimmt, deren technischer Zustand nicht Gegenstand vorrangiger Sorge der hohen Beamten war. Der Verteidigungskomplex wurde bekanntlich mit westlicher Technik und Technologie ausgerüstet, zudem galten in diesem Bereich in den Beziehungen zur DDR und den anderen RGW-Ländern besondere Abkommen.

In der DDR hingegen richtete man bekanntlich besonderes Augenmerk darauf, den wissenschaftlich-technischen Stand aller Fertigerzeugnisse an die internationalen Standards heranzubringen. Zu diesem Zweck wurde eine "Wunderwaffe", sogenannte "Verpflichtungshefte" eingeführt, und in den meisten Kombinat wurden spezielle Forschungs-Unterabteilungen eingerichtet. Ein wichtiger Stellenwert für die Überwindung des technologischen Rückstands gegenüber dem Westen wurde in der DDR auch der Zusammenarbeit mit der UdSSR zugewiesen. Auf diesem Gebiet waren in den achtziger Jahren zwei grundlegende Dokumente in Kraft: das Komplexprogramm für wissenschaftlich-technischen Fortschritt, an dessen Verwirklichung alle RGW-Länder sowie

¹⁰ So bestellte etwa die sowjetische Seite Personenzugwaggons aus der DDR, ohne daß im Laufe von 32 Jahren an deren Konstruktion irgendwelche Veränderungen vorgenommen wurden.

Jugoslawien teilnehmen sollten, und das 1984 am Vorabend der 35-Jahrfeier der DDR in Berlin unterzeichnete bilaterale Programm für Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR in Wissenschaft, Technik und Produktion bis zum Jahre 2000. Hinsichtlich des Komplexprogramms nahm die DDR eine zurückhaltende Position ein und erklärte sich nur in denjenigen konkreten Richtungen, die ihren nationalen Programmen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik entsprachen, zur Durchführung bereit. Die hauptsächlichlichen Hoffnungen, im technologischen Bereich einen Durchbruch zu erreichen, richteten sich auf die bilaterale Zusammenarbeit mit der UdSSR.

Es muß gesagt werden, daß die Beamten der Planungsbehörden und Ministerien beider Länder nicht wenig taten, um das Programm mit einer Laufzeit bis zum Jahre 2000 ordnungsgemäß auszuführen. Entsprechend diesem Programm wurden 33 Programme auf Branchenebene ausgearbeitet, u.a. in den Bereichen Elektrotechnik, Optik, Gerätebau, Werkzeugmaschinenbau, Leichtindustrie sowie weiteren Bereichen. Zur Realisierung dieser Programme schlossen beide Seiten 170 Abkommen auf Regierungs- und Ministerialebene.

Aber alle diese Anstrengungen brachten keinerlei wesentliche Resultate. Der Grund dafür war nicht allein der, daß die DDR zehn Jahre vor dem Auslaufen der Abkommen zu existieren aufhörte. Diese Art der Zusammenarbeit konnte die Hoffnungen der DDR-Seite von Anbeginn nicht erfüllen, weil die Unternehmen und Forschungseinrichtungen des militär-industriellen Komplexes der UdSSR sich an der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit im Rahmen des RGW, und auch mit der DDR, nicht spürbar beteiligten und beteiligen durften.

2.4 Nicht kompatible Wirtschaftsmechanismen

Die genannten Probleme des RGW waren keineswegs chronischer Natur, aber sie traten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre offen zutage und, was noch wichtiger ist, sie verschärften sich, und zwar aus zwei Gründen: Der erste war die fast völlige Erschöpfung der Möglichkeiten für eine extensive Entwicklung der Wirtschaften der Länder selbst sowie für ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit, und der zweite war der Beginn der Perestroika in der Sowjetunion. Zu den alten Problemen in den Beziehungen der UdSSR zu den einzelnen RGW-Ländern kam nun ein weiteres hinzu: zunächst die Unmöglichkeit, die Wirtschaftssysteme "aneinanderzukoppeln" und danach ihre völlige Unvereinbarkeit. Zu den Ländern, die den Weg der Wirtschaftsreform nicht beschrritten, so daß sie Probleme der integrativen Verbindungen den Charakter von Widersprüchen annahmen, gehörte neben Rumänien und Kuba auch die DDR.

Der Gerechtigkeit halber ist anzumerken, daß die im Zuge der Liberalisierung des sowjetischen Wirtschaftssystems sich verschärfenden Unterschiede in den Lösungsansätzen für die Wirtschaftsprobleme sich im Laufe von zumindest vier Jahren, bis 1990, praktisch nicht auf den Umfang der Wirtschaftsbeziehungen UdSSR-DDR ausgewirkt haben: Der gegenseitige Handel und andere Formen der Verbindungen fanden unverändert im Rahmen der langfristigen Abkommen und der Koordination der Fünfjahrespläne statt. Im politischen Bereich jedoch trug die Unmöglichkeit einer Verbindung der Wirtschaftslenkungssysteme zur Abkühlung der zuvor vertrauensvollen "brüderlichen" Beziehungen bei.

Die in der DDR weilenden sowjetischen Delegationen verschiedener Ebenen - von Partei- und

Regierungsdelegationen bis zu den sogenannten Lektorengruppen - propagierten nicht nur mit gleichförmiger Einfalt das betriebswirtschaftliche Rechnungswesen, die Selbstverwaltung und andere sowjetische Neuerungen, sondern sie teilten auch ihre Überlegungen zu deren Einführung in der DDR mit. Während diese Ratschläge und Wünsche bei den einfachen Bürgern auf Verständnis stießen, fühlte sich die DDR-Führung nur in ihrer völligen Ablehnung von Wirtschaftsreformen bestärkt.

Nicht zufällig wurde in dieser Periode in der DDR der Slogan "Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen" zurückgezogen, und die offizielle Propaganda unterstrich verstärkt die Vorzüge eines "Sozialismus in den Farben der DDR". Allerdings nahm in der DDR die Unzufriedenheit mit der Liberalisierung des Wirtschaftslebens in der UdSSR nicht den Charakter einer offen propagierten Linie an: In der Presse gab es keine kritischen Veröffentlichungen zu den Wirtschaftsreformen in der UdSSR. Aber in Gesprächen machten die Vertreter der Institutionen, in denen die binnen- und außenwirtschaftliche Strategie der DDR erarbeitet wurde - etwa des Instituts für sozialistische Wirtschaft beim ZK der SED, des Forschungsinstituts des Ministeriums für Außenhandel und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften der DDR - keinen Hehl aus ihrer Verärgerung über die Entwicklung der politischen wie auch der wirtschaftlichen Situation in der sich erneuernden UdSSR. So betonte der Direktor des Forschungsinstituts des Ministeriums für Außenhandel der DDR in einem Gespräch mit dem Verfasser dieses Berichts im April 1987, die Sowjetführer sollten bei der Durchführung ihrer Reform auch an ihre Partner bei der sozialistischen Integration denken. "Wenn die Länder", sagte Professor Bauer, "nun schon so eng im RGW miteinander verbunden sind, dann können und dürfen sie nicht, ohne aufeinander Rücksicht zu nehmen, ihren inneren Wirtschaftsmechanismus ändern. Das kann dazu führen, daß sich die Wirtschaftseinheiten - die sozialistischen Unternehmen - auf andere Märkte umorientieren mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen für die RGW-Partner."

Die noch offeneren Gespräche vor allem mit Wissenschaftlern der Akademien und Universitäten (Wirtschaftsinstitut der AdW der DDR, Wirtschaftshochschule Bruno Leuschner) ließen die folgenden objektiven Gründe erkennen, die das Festhalten der DDR an dem eingefahrenen zentralisierten Wirtschaftssystem und die Ablehnung der "Perestroika" in der Wirtschaft erklären:

- Die DDR hatte die, wie man es sah, gescheiterte Erfahrung mit dem Funktionieren des "neuen ökonomischen Systems" in den sechziger Jahren, als "ernsthafte Widersprüche zwischen den allgemeinen wirtschaftlichen Zielen der Parteiführung und den Resultaten der dezentralisierten Entscheidungen auf der Ebene der Wirtschaftseinheiten aufgetreten waren".
- In der DDR hatte sich eine negative Bewertung der Erfahrungen mit Wirtschaftsreformen, wie sie etwa in Ungarn und Polen durchgeführt worden waren, festgesetzt. In der DDR meinte man, daß die radikalen Veränderungen dort nicht zur Wiederherstellung des innen- und außenpolitischen Gleichgewichts geführt hätten, sondern die ohnehin schwierige Situation nur verschärft hätten. Diese Bewertung erstreckte sich auch auf die Wirtschaftsreform in der UdSSR, wo die Ausweitung der Selbständigkeit der Unternehmen mit einem Produktionsrückgang, einem wirtschaftlichen Ungleichgewicht und einem Absinken der Disziplin einherging.
- Das System der Kombinate, das einen gewissen "preußischen" Akzent hat, entspricht in vieler Hinsicht den Besonderheiten der DDR-Mentalität. In seiner ersten Etappe trug es zur Verbesserung der Organisationsstruktur der Produktion, zur Verbesserung der Disziplin und zum Einsparen von Ressourcen bei.

- Schließlich hatte die Führung allen Grund zu der Befürchtung, daß sich die Wirtschaftsreform zu einer Reform des politischen Systems auswachsen würde, was eine Wiederholung der tschechoslowakischen Praxis von 1968 bedeuten würde.

Man muß, so scheint uns, der DDR-Führung Gerechtigkeit widerfahren lassen. Sie hatte offenbar von Anbeginn Zweifel an der "Reformierbarkeit" des sozialistischen Wirtschaftsmechanismus, an der Möglichkeit, einen "marktwirtschaftlichen Sozialismus" aufzubauen, sie wollte sich nicht auf "Experimentieren" einlassen und hat sich insofern als weitsichtiger und konsequenter als die Sowjetführung erwiesen.

Dennoch mußte die DDR-Führung einer Reformierung des Mechanismus der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW zustimmen, wiederum ausschließlich unter dem Druck des großen Bruders, der in der sozialistischen Wirtschaftsintegration dominierte.

3. Auf der Suche nach dem "dritten Weg"

3.1 Die 43. und die 44. RGW-Tagung und ihre Beschlüsse

Die Wirtschaftsreform in der UdSSR zur Zeit der Perestroika, die im Grunde der Versuch war, eine sozialistische Marktwirtschaft zu schaffen, eröffnete den liberal (und früher sogar dissidentisch) gesinnten sowjetischen Ökonomen Möglichkeiten, ihre Konzeptionen zu verwirklichen. Insbesondere fanden ihre Ideen zur Umgestaltung des Außenwirtschaftsmechanismus schon 1986 ihren Niederschlag in richtungsweisenden Dokumenten, als zwei Verordnungen des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR - "Über Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerung der Außenwirtschaftsverbindungen" und "Über Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern"¹¹ - erschienen, die am Beginn der Suche nach einem "dritten Weg" in der Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern standen. In der ersteren wurde den sowjetischen Unternehmen das Recht zuerkannt, "direkte Beziehungen zu Unternehmen und Organisationen der anderen RGW-Länder herzustellen und Fragen der Kooperation in der Produktion und im wissenschaftlich-technischen Bereich selbständig zu entscheiden, einschließlich des Rechts, Wirtschaftsverträge und Geschäftsverträge über Produktlieferungen und Dienstleistungen zu unterzeichnen". Das zweite Dokument rief dazu auf, "das System der Zusammenarbeit mit diesen Ländern in der Weise prinzipiell umzugestalten, daß die vorwiegend auf Handel beruhenden Verbindungen in eine tiefgreifende Spezialisierung und Kooperation in der Produktion übergehen". Und wenn auch in dem zitierten Dokument die Priorität der Plankoordination anerkannt wurde, so wurde es doch für notwendig erachtet, das Schwergewicht auf "die umfassende aktive Einführung neuer progressiver Formen des Zusammenwirkens zwischen Vereinigungen, Unternehmen und Organisationen der UdSSR und der sozialistischen Länder und auf die Schaffung der notwendigen wirtschaftlichen und organisatorischen Bedingungen für ihre Tätigkeit auf der Basis voller betriebswirtschaftlicher Rechnung und des gegenseitigen Vorteils" zu legen. Somit wurde in dem Dokument zum ersten Mal die These von der Verschiebung des Schwerpunkts in der integrierten Zusammenarbeit von der

¹¹ Unveröffentlichte Materialien des Ministerrats der UdSSR.

zwischenstaatlichen Ebene auf die Ebene der unmittelbaren Partnerunternehmen und -organisationen festgeschrieben.

In dem Jahr seit dem Erscheinen der beiden Verordnungen bis zur Einberufung der 43. (außerordentlichen) Tagung des RGW änderte sich in der Praxis der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der UdSSR mit den Bruderländern so gut wie nichts. Die liberalen Ideen behaupteten sich aber noch weiter, und sie hatten auch schon von der Sowjetführung Besitz ergriffen, die zu der RGW-Tagung mit der festen Entschlossenheit fuhr, die Wirtschaftsinteressen der UdSSR zu verteidigen und zu diesem Zweck den Mechanismus der Integrationszusammenarbeit zu modernisieren. Der Leiter der sowjetischen Delegation N.I. Ryshkow trug der 43. Tagung einen "scharfen" Bericht vor, dessen kritischer Teil in den offiziellen Veröffentlichungen der sowjetischen Presse ausgelassen wurde.¹²

Zum ersten Mal in der Geschichte des RGW war es die sowjetische Delegation, die als Initiator "revolutionierender" Veränderungen auftrat. Sie schlug im einzelnen vor:

- ein neues Konzept für die internationale sozialistische Arbeitsteilung zu erarbeiten;
- die an der Zusammenarbeit beteiligten Unternehmen mit dem selbständigen Abschluß von Geschäftsverträgen und mit der Festsetzung vertraglich vereinbarter Preise zu betrauen;
- die Schaffung eines "vereinigten RGW-Marktes" in Angriff zu nehmen (gemeint war die Öffnung des Zugangs der RGW-Partner zu den inneren Großhandelsmärkten der Länder).

Im Abschlußkommuniqué der Tagung fand der Großteil dieser und anderer edler Wünsche keinen Platz. Auf Druck vor allem der Vertreter Rumäniens und der DDR geriet der Inhalt des abgestimmten Dokuments zur leeren Hülse: Die ganze Reform war auf den Wunsch nach "weiterer Vervollkommnung" reduziert worden.

Die 44. RGW-Tagung im Sommer 1989 trat *de facto* ebenfalls auf der Stelle. Wieder deklarierte man das Streben nach "neuen Formen und Methoden der Außenwirtschaftsverbindungen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft", und wieder begrüßte man "die Entwicklung der Zusammenarbeit auf der Ebene der Unternehmen, Vereinigungen und Organisationen, die direkte Kontakte in der Produktion und im wissenschaftlich-technischen Bereich auf Vertragsbasis entsprechend der nationalen Gesetzgebung hergestellt haben, sowie die Schaffung gemeinsamer Unternehmen durch die interessierten Länder." Aber im Kommuniqué der Tagung fiel die Betonung des "schrittweisen" und "etappenweisen" Charakters der Veränderungen auf, worin sich offensichtlich vor allem die Position wieder derselben Länder - der DDR und Rumäniens - ausdrückte, die im Grunde keinerlei Veränderungen wünschten.

Während der gesamten zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde in der DDR jedoch unermüdlich die These wiederholt, daß sich die Zusammenarbeit mit der UdSSR erfolgreich auf neuer Grundlage entwickle, wobei neue progressive Formen und Methoden zur Anwendung kämen. Auf diese Scheinbewegung auf dem Weg fortschreitender Integration soll hier etwas näher eingegangen werden.

¹² Die Einzelheiten zur 43. RGW-Tagung werden auf der Basis eines Berichts des Mitglieds der sowjetischen Delegation, des stv. Direktors des Instituts für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems, Prof. W.M. Schastitko, dargestellt.

3.2 Neue Formen der Zusammenarbeit

Ende der achtziger Jahre breitete sich auf der sowjetischen Seite, die schon mit dem entstandenen Modell der vor allem auf zwischenstaatliches Zusammenwirken orientierten RGW-Integration unzufrieden war, auch Ernüchterung über die neuen Formen der Zusammenarbeit aus, auf die in den genannten Verordnungen große Hoffnungen gelegt und die auf den letzten beiden RGW-Tagungen gebilligt worden waren. Dabei ging es vor allem um die sogenannten direkten Verbindungen zwischen Unternehmen und Organisationen der Mitgliedsländer und um die Gründung und das Funktionieren gemeinsamer Unternehmen.

In einem 1989 vom IEMSS angefertigten kritischen Bericht¹³ hieß es, daß im Laufe der letzten zwei Jahre zwischen Unternehmen und Vereinigungen der UdSSR und der RGW-Länder zwar über 1 600 Abkommen über direkte Verbindungen abgeschlossen worden seien, daß aber mit wenigen Ausnahmen die Ziele, deretwegen diese Arbeit gemacht worden sei - vor allem die Steigerung der Produktivität - nicht erreicht worden seien. Viele Abkommen konnten nicht verwirklicht werden. So waren etwa zwischen Unternehmen der UdSSR und Polens direkte Verbindungen von 250 Unternehmenspaaren vorgesehen, tatsächlich wurden aber nur zwischen einigen Dutzend Partnern Abkommen geschlossen; mit der Tschechoslowakei wurden von 230 vorgesehenen Abkommen weniger als 30 geschlossen. Dabei zeitigte die Kooperation auf der unteren Ebene praktisch keinerlei positive Auswirkung auf die gewachsene Struktur des Austausches: In dem Bericht hieß es, daß auf den gegenseitigen Austausch im Rahmen direkter Verbindungen nur insgesamt 0,2 Prozent des Warenaustausches der UdSSR mit den RGW-Ländern entfielen. Viele Verträge sahen lediglich Erfahrungsaustausch und Praktikantenaufenthalte vor, seltener die Rationalisierung und Modernisierung der Produktion oder den Austausch überschüssiger Produkte und materieller Ressourcen. Die Abkommen, deren Ziel die Entwicklung der wissenschaftlich-produktiven Zusammenarbeit war, beschränkten sich zumeist auf Zusammenarbeit "im Labor", ohne daß sich die Ergebnisse auf die Produktion und gegenseitige Lieferungen ausgewirkt hätten.

Noch schlimmer stand es um die gemeinsamen Unternehmen. Davon waren Mitte 1989 unter sowjetischer Beteiligung gerade mal fünf gegründet worden, obwohl noch weitere fünfzig vorgesehen waren. Die Erfahrungen mit ihrem Funktionieren ließen dieselben Probleme erkennen, die für alle neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Ebene der Wirtschaftsorganisationen charakteristisch waren.

Die Hauptursache für das Scheitern der "neuen Formen" lag offensichtlich darin, daß die vorwiegend administrativen Methoden der Leitung der Zusammenarbeit erhalten blieben: Die Gründung gemeinsamer Unternehmen und die Herstellung direkter Verbindungen geschah fast ausschließlich unter Druck "von oben". Hätte eine Zusammenarbeit, welche die sich schon abzeichnenden betriebswirtschaftlichen Interessen nicht nur ignorierte, sondern sogar im Widerspruch zu ihnen stand, überhaupt funktionieren können? Die meisten sowjetischen Teilnehmer hatten es mit Abkommen zu tun, in denen die festgesetzten Preise für die Produkte des Partners weit über den inländischen Industriepreisen lagen (in einigen Fällen betrug der Unterschied bis zu 200 Prozent, wie

¹³ Materialien des IEMSS zu den hauptsächlichsten Problemen und zu den Richtungen der Verbesserung der Integrationszusammenarbeit der RGW-Länder, 1989, für den Dienstgebrauch.

z.B. bei einigen Bauteilen für sowjetisch-bulgarische Präzisionsmaschinen für Metallbearbeitung).

Die UdSSR und die DDR unterzeichneten im November 1986 Regierungsabkommen über die Einrichtung von Spezialistenkollektiven beider Länder und über direkte Verbindungen zwischen Vereinigungen, Unternehmen und Organisationen der UdSSR und Kombinat, Unternehmen und Organisationen der DDR in der Produktion und im wissenschaftlich-technischen Bereich. Das erste sah die Schaffung von 18 gemeinsamen Kollektiven vor, das zweite die Zusammenarbeit von 160 Unternehmen und Kombinat mit Partnern im jeweils anderen Land. Die Wirksamkeit dieser Abkommen war genau so wie bei den Abkommen mit anderen RGW-Ländern. Die meisten gemeinsamen Kollektive und direkten partnerschaftlichen Verbindungen existierten nur auf dem Papier. Ein gewisser Unterschied lag jedoch in der Spezifik der offiziellen Haltung der DDR zu den "neuen" Formen der Zusammenarbeit begründet. In der DDR wurde zu keiner Zeit die Aufgabe gestellt, den Schwerpunkt der Integration von der "Makro-" auf die "Mikro-Ebene" zu verschieben, sondern es wurde im Gegenteil immer die entscheidende Bedeutung der Plankoordination als Hauptinstrument der Zusammenarbeit betont. So schrieb Staatssekretär Peter Grabley von der Staatlichen Plankommission der DDR in einem Artikel für die sowjetische Zeitschrift *Planovoe chozjajstvo (Planwirtschaft)*: "Bewährt hat sich in der Vergangenheit die Koordination der Pläne unter strenger Leitung der zentralen Planorgane der RGW-Länder, bei aktiver Beteiligung der Ministerien, Kombinate und Außenhandelsunternehmen mit dem Ziel eines rechtzeitigen Abschlusses verlässlicher Abkommen über stabile Verbindungen im Bereich von Wissenschaft und Technik, Produktion und Warenaustausch für die nächsten fünf Jahre, wodurch, vor allem mit Hilfe von auf konkrete Erzeugnisse ausgerichteten Abkommen über gegenseitige Lieferungen und Dienstleistungen, die Grundlagen für die Ausarbeitung der nationalen Pläne geschaffen werden."¹⁴ Hierin äußerte sich auch das Festhalten an den Prinzipien der Kommandowirtschaft und das Bestreben, die Traditionen des Warenaustausches um jeden Preis zu erhalten.

Die vorrangige Aufgabe dieses halbamtlichen DDR-Organs bestand jedoch darin, die neuen Strömungen zwar nicht abzulehnen, sie aber faktisch zu ignorieren und nicht zuzulassen, daß sie sich zersetzend auf den bisherigen Mechanismus der integrativen Verbindungen auswirkten. Daher wurde in offiziellen Publikationen zu den direkten Verbindungen und anderen neuen Formen immer betont, daß sie nicht nur funktionieren, sondern daß sie erfolgreich funktionieren, so wie sie sollen. Wichtig war dabei, eine extensive Auslegung der direkten Verbindungen zu postulieren.

Neigte man in der UdSSR zu der Meinung, daß direkte Verbindungen vor allem und hauptsächlich der Herstellung unmittelbarer kooperativer Produktionsbeziehungen dienen sollten, so wurde in der DDR die Formenvielfalt der direkten Verbindungen betont, wobei die Bedeutung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Spezialisierung und Kooperation nicht besonders herausgestellt wurde. In einem Bericht für die 10. Tagung von Wirtschaftsexperten der UdSSR und der DDR (Taschkent, April 1985) sagte der stellvertretende Direktor des Instituts für sozialistische Wirtschaft, Professor Kunz: "Heute der einen oder anderen Form der direkten Verbindungen den Vorzug zu geben bedeutet, die weit verzweigten Möglichkeiten einer effektiven Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftseinheiten einzuengen und auf die potentiellen Möglichkeiten direkter Verbindungen zur allseitigen Intensivierung des Reproduktionsprozesses zu verzichten." Das heißt also, daß unter di-

¹⁴ *Planovoe chozjajstvo*, Nr. 11/1987, S. 89.

rekten Verbindungen alle Kontakte zwischen Produktionskollektiven verstanden werden, einschließlich Erfahrungsaustausch, Vergleich unterschiedlicher Parameter gleichartiger Erzeugnisse, Freundschaftstreffen u.ä.

Wie aus Äußerungen hervorging, die bei Gesprächen mit Vertretern der DDR-Wirtschaftswissenschaft fielen, war diese offizielle Position weitgehend gewissermaßen zwangsläufig. Die Herstellung einer kooperativen Partnerschaft von Produktionseinheiten war immer ein komplizierter und langwieriger Prozeß, der zudem im Laufe seiner Entwicklung auf etliche Hindernisse objektiver und subjektiver Art traf (etwa unterschiedliche Rechte und Pflichten der Partner, Probleme der Preisbildung für spezialisierte Produkte usw.). Außerdem konnten diese Verbindungen nur unter Vorbehalt als direkt bezeichnet werden, da sie nur im Rahmen von Plankoordinierung zustande kommen konnten, und die ist in der Regel mit vielen langen und schwierigen Abstimmungen zahlreicher Einzelfragen verbunden. Eines der hauptsächlichen Hindernisse auf dem Weg zur Entwicklung kooperativer Beziehungen - und insbesondere direkter Verbindungen - von Partnern aus der DDR und der Sowjetunion sahen die Wirtschaftswissenschaftler der DDR in der unzureichenden Qualität und im niedrigen technischen Standard der gegenseitig gelieferten Produkte (hierbei dachten sie vor allem an maschinentechnische Erzeugnisse aus der UdSSR). Alle diese Gründe trugen dazu bei, daß die Zusammenarbeit zwischen Partnern aus der UdSSR und der DDR im Bereich der gesamten Kette "gemeinsame Forschungen - Produktion - Austausch spezialisierter Produkte" auf Einzelbeispiele beschränkt blieb und daß gegenseitige Lieferungen von Baugruppen und Werkstücken im Rahmen der Zusammenarbeit nur eine unbedeutende Größe ausmachten.

In der DDR, wo man unter direkten Verbindungen normale partnerschaftliche Beziehungen von Produktionseinheiten der zusammenarbeitenden Länder verstand, wurde betont, daß solche direkten Verbindungen schon seit langer Zeit bestünden, ihrer Herstellung und Vervollkommnung stünden keine Hindernisse in Form objektiv bedingter Unterschiede in den Mechanismen des Zusammenwirkens der Industrien und des Außenhandels unserer Länder im Wege, und der Stand der Dinge bei der Entwicklung direkter Verbindungen könne als vollkommen zufriedenstellend gelten. Dabei trat die DDR für eine Aktivierung der direkten Verbindungen vor allem im Bereich von Wissenschaft und Technik ein, da dies weitere Möglichkeiten für eine Teilhabe am wissenschaftlich-technischen Potential der UdSSR bot.

Es ist anzumerken, daß die Haltung der DDR zu einer Spezialisierung im Rahmen des RGW, die tiefer geht als auf eine Zusammenarbeit zwischen den Branchen, schon lange vor dem Aufkommen der "neuen Formen" formuliert wurde. Diese Haltung wurde von Erich Honecker bestätigt, der auf der Beratung des ZK der SED mit den ersten Sekretären der Kreisleitungen am 17. Februar 1978 erklärte:

Einfach 'wegzuspezialisieren', um freie Kapazitäten zu gewinnen, mag manchen Betrieb für den Moment entlasten, aber auf lange Sicht führt es oft zu Problemen. Immer geht es um die Effektivität der ganzen Volkswirtschaft. ...

Noch einmal sei auf die Festlegungen verwiesen, wonach niemand das Recht hat, die Produktion von Erzeugnissen der DDR einzustellen, solange die zu importierenden Produkte in unserem Lande nicht erprobt, kommerzielle Verträge über ihren Import abgeschlossen und die planmäßige Belieferung gewährleistet sind. Der Ausbau der Spezialisierung und Kooperation auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils muß vor allem darauf gerichtet sein, in den Zweigen der metallverarbeitenden Industrie die Produktion hocheffektiver Finalerzeugnisse, einschließlich kompletter Anlagen, für die allseitige Stärkung unserer Exportkraft zu

entwickeln. Gerade die Erzeugnisse und kompletten Anlagen dieser Zweige bilden eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung unserer Rohstoffimporte aus der UdSSR und den anderen RGW-Ländern. Zugleich sind sie für den Export der DDR in die nichtsozialistischen Länder von größtem Gewicht.¹⁵

Auf dieser Grundlage ließ sich technologische Zusammenarbeit mit Partnern aus den RGW-Ländern nur vereinbaren, wenn sie unmittelbar zur Erweiterung des Exports von Fertigerzeugnissen, vor allem für die Bezahlung der Rohstoffimporte aus der UdSSR, beitrug. Die Herstellung und Entwicklung direkter Verbindungen zwecks Produktion bestimmter Erzeugnisse auf Kooperationsbasis setzte eine Intensivierung des gegenseitigen Austausches von Baugruppen und Werkstücken und verstärkte technologische Anbindung an die RGW-Partner voraus und stand insofern offensichtlich im Widerspruch zu dem in der DDR geltenden Konzept der Spezialisierung und Kooperation im Rahmen des RGW.

Die diesem Konzept zugrundegelegten und von den DDR-Kombinaten herausgegebenen Planziffern waren lediglich auf solche unmittelbaren Kontakte mit Partnern aus der UdSSR angelegt, die bei minimalem Umfang des gegenseitigen Austausches von Kooperationsprodukten maximal zur Ausweitung des Exports dieser Produkte beitrugen.

Anfang der neunziger Jahre wurde der sowjetischen Seite endgültig klar, daß, wenn man im Rahmen der starren Ausgewogenheit aller Lieferungen blieb und für Verrechnungen den Transfer-Rubel benutzte, eine Änderung der überkommenen Praxis der Zusammenarbeit mit der DDR und den anderen RGW-Ländern nicht möglich war, was auch immer an neuen Formen und Methoden der Zusammenarbeit vorgeschlagen werden mochte.

3.3 Übergang zur Verrechnung in frei konvertierbarer Währung

Der Entschluß, in den Beziehungen zu den RGW-Ländern zu Verrechnungen in frei konvertierbarer Währung überzugehen, "reifte" in der Sowjetunion gegen Ende des Fünfjahresplans 1986-1990. Dabei wurde dieser Entschluß aber weder in wissenschaftlichen Kreisen vorbereitet noch ging von diesen die entsprechende Initiative aus. Im IEMSS, der hauptsächlichen Forschungsinstitution, die sich mit Problemen des RGW befaßte, wurden zu der Zeit andere Varianten zur Verbesserung des Verrechnungssystems geprüft. In den erwähnten "Materialien zu den hauptsächlichen Problemen und zu den Richtungen der Verbesserung der Integrationszusammenarbeit der RGW-Länder", die vom IEMSS für die "Direktivorgane" erarbeitet wurden, wurden auf dem Gebiet der Währungs- und Kreditbeziehungen im einzelnen folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Erhalt des Anwendungsbereichs des Transfer-Rubel für Verrechnungen bei Lieferungen von Brennstoffen, Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln.
2. Festsetzung eines ökonomisch fundierten Kurses des Transfer-Rubel gegenüber dem Dollar auf der Basis der Wechselkurse der nationalen Währungen der RGW-Länder (analog zur Berechnung des ECU-Kurses zum Dollar).
3. Erweiterung des Anwendungsbereichs der nationalen Währungen in gegenseitigen Verrechnungen zwischen den interessierten Ländern.
4. Kürzung der Zahl der Warenkontingente in Naturalform in den Fünfjahresabkommen und den

¹⁵ Neues Deutschland, 18./19.02.1978.

Jahresprotokollen über Warenaustausch und Erhöhung des Anteils der nach Wert berechneten Kontingente.

5. Zulassung von Mitbewerbern aus den RGW-Ländern zum Großhandelsbinnenmarkt der UdSSR bei Gestattung der Verrechnung in deren nationaler Währung.
6. Einführung der inneren Konvertibilität des sowjetischen Rubel (nach dem Beispiel Polens und Bulgariens).
7. Auf lange Sicht Umwandlung des Transfer-Rubel in eine Reservewährung der RGW-Länder; allmähliche Herbeiführung einer Währungsunion des RGW.

Hauptziel aller dieser Vorschläge war der Erhalt des RGW als Wirtschaftsunion. Dabei waren die meisten Spezialisten des IEMSS der Ansicht, daß die Einführung harter Währung in die gegenseitigen Verrechnungen und die Zugrundelegung von Weltmarktpreisen für die osteuropäische Integration eher schädigend als rettend wirken würde. Man glaubte, diese Maßnahmen würden nur zusätzliche Probleme schaffen, u.a.:

- das Problem der Deckung eines unausgeglichenen Saldos bei Devisenmangel in allen RGW-Ländern;
- Rückgang des bilateralen Warenumsatzes auf das Niveau des schwächsten Partners;
- aufkommendes Absatzproblem für Waren auf Außenmärkten (außerhalb des RGW), d.h. für Waren, die aus dem RGW-Markt hinausgedrängt werden;
- Verschärfung des Problems der Verrechnungen zwischen Unternehmen mit direkten Verbindungen.¹⁶

Nach unserer Ansicht werden aber alle diese Mängel durch einen Vorteil wettgemacht, der beim Übergang auf harte Devisen und laufende Weltmarktpreise in den Verrechnungen mit den RGW-Ländern entstehen würde: In den Handelsbeziehungen mit diesen Ländern würden sich auf diese Weise reale wertmäßige Proportionen herausbilden, und das wiederum würde ausschließen, daß bei der Integration politische Motive über die wirtschaftlichen dominieren. Natürlich würde das die Gefahr eines Zerfalls des RGW als Organisation in sich bergen, was ja letztlich auch geschah. Aber an sich sagte der Zerfall des RGW nur darüber etwas aus, was letzten Endes der Preis für eine solche Quasi-Wirtschaftsunion ist.

Aber wie auch immer, auf der 45. RGW-Tagung im Januar 1990 war es gerade die sowjetische Delegation, die den Vorschlag machte, bei den Verrechnungen im gegenseitigen Handel auf frei konvertierbare Währung zu Weltmarktpreisen überzugehen. Paradox erschien dabei, daß sich die UdSSR aktiver als die meisten anderen Mitgliedsländer für den Erhalt des RGW als Wirtschaftsblock - wenn auch mit modifizierten Funktionen - einsetzte. Dieser Widerspruch erklärt sich nach unserer Ansicht daraus, daß die Positionen der sowjetischen Seite damals von den Ansichten (und Kalkulationen) der Vertreter von Gosplan und vom Außenhandelsministerium der UdSSR bestimmt wurden. So sollte nach den Angaben von Gosplan der Übergang auf das neue Verrechnungssystem dem Staatshaushalt weitere Mittel zuführen. Von den Zukunftsperspektiven des RGW hatte man in diesen Behörden nur ein äußerst nebelhaftes Bild, jedenfalls wurde sein Auseinanderbrechen in nächster Zukunft nicht vorausgesehen.

¹⁶ SV: segodnja i zavtra. Itogi zasedanija kruglogo stola IMSS, Moskau, Februar 1990.

Offen gegen die Einführung der neuen Regeln war auf der 45. Tagung nur eine Delegation: die kubanische.¹⁷ Die Vertreter der anderen Länder stimmten dem Vorschlag der UdSSR zu und sprachen sich wenn schon nicht für die Auflösung des RGW (wie es die tschechoslowakische Delegation tat), so doch für seine grundlegende Erneuerung aus.

Die Position der DDR, deren Delegation von Prof. Christa Luft geleitet wurde, war zwar schon nicht mehr so konservativ wie früher, zeichnete sich aber auch nicht gerade durch Radikalismus aus. In ihrer Rede legte Frau Luft größeres Gewicht auf Probleme technokratischer Art (die Aussichten für die Durchführung des Komplexprogramms für wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die Erhöhung des wissenschaftlichen Aufwands) als auf Fragen einer Veränderung des Charakters der Zusammenarbeit. Sie war der Ansicht, der Übergang zum marktwirtschaftlichen Modell sei notwendig, müsse aber vorsichtig ausgeführt werden. Auf einer Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Tagung erklärte Frau Luft, man solle lieber nicht daran denken, wie man den RGW zerstört, sondern daran, wie man die Menschen ernährt und ihnen Arbeit sichert.

Schließlich wurde auf der 45. Tagung der Beschluß gefaßt, ab 1991 zur Verrechnung in harter Währung zu aktuellen Weltmarktpreisen überzugehen, und zwar "asynchron", d.h. nicht gleichzeitig mit allen Ländern, sondern je nach deren wirtschaftlicher Lage. Bestimmte Umstände gestatteten nicht nur, sondern verlangten vernünftigerweise den Übergang zum Handelsaustausch unter Marktbedingungen schon ab Mitte 1990, zumindest jedenfalls mit einem RGW-Land: der DDR. Aber bekanntlich kamen die Beamten der UdSSR den Wünschen der deutschen Seite entgegen, und die alte Verrechnungsweise wurde bis Ende 1990 beibehalten.

4. Nach der Vereinigung

4.1 Die Vereinigung Deutschlands und die Wirtschaftsinteressen der UdSSR

Es fehlt heute nicht an ernsthaften und tiefgehenden Untersuchungen der Frage nach der Rolle der Sowjetunion und der persönlichen Rolle Michail Gorbatschows bei der Vereinigung Deutschlands. Allgemein bekannt ist, daß die Sowjetführung zunächst eine Perestroika in der DDR und keine Vereinigung wollte, und ebenso, daß sich der Prozeß dermaßen dynamisch und unvorhersagbar entwickelte (für die sowjetische Seite kam der Ausgang der ersten freien Wahlen in der DDR überraschend, man hatte mit einem Sieg der Sozialdemokraten gerechnet), daß man die konkreten politischen Entscheidungen im Eilverfahren an diesen Prozeß anpassen mußte. Hatte die sowjetische Seite auch die politischen Folgen der Vereinigung durchkalkuliert, so doch nur in ganz groben Zügen. Und was die wirtschaftlichen Überlegungen betrifft, so existierten sie, wenn überhaupt, nur auf der allerhöchsten gesamtwirtschaftlichen Ebene. Letztlich wurden, wie aus den praktischen Schritten der sowjetischen Seite hervorging, die wirtschaftlichen Interessen lediglich als Ergänzung zu den politischen Interessen angesehen, zudem war sowjetischerseits keine detaillierte Berechnung solcher Vereinigungsfolgen wie z.B. das Schicksal des Saldos in den Handelsbeziehungen UdSSR-DDR der letzten Jahre und der Abzug von 20 Divisionen aus Ostdeutschland angestellt worden.

¹⁷ Einzelheiten über die 45. RGW-Tagung werden auf der Basis eines Berichts dargestellt, den das Mitglied der sowjetischen Delegation Professor W.M. Schastitko im IMSS gab.

Man kann Dr. Gerhard Wettig nur zustimmen, der meint, daß sich die Logik der "Ökonomisierung" der Beziehungen zu den RGW-Partnern in gewisser Weise auf die Position der UdSSR bezüglich des Schicksals der DDR ausgewirkt habe.¹⁸

Wie jedoch Spezialisten der Staatlichen Plankommission der UdSSR, die sich immer mit der DDR befaßt hatten, im März 1990 zugaben, traf sie der Vereinigungsprozeß völlig überraschend.

In den in Moskau sofort nach den DDR-Wahlen aufkommenden Diskussionen, die zumeist hinter verschlossenen Türen stattfanden - in Form verschiedener "runder Tische" und Besprechungen, zu denen nur ein enger Kreis von Spezialisten hinzugezogen wurde - wurde der "wirtschaftliche Faktor" sowohl von den Gegnern als auch von den Befürwortern der schon unvermeidlich gewordenen Vereinigung Deutschlands als Argument ins Feld geführt. Die ersteren, zu denen ein bedeutender, wenn nicht gar der größte Teil der Mitarbeiter des Außenministeriums zu zählen ist, waren der Meinung, daß die wirtschaftlichen Konsequenzen einer "Einverleibung" der DDR für die UdSSR unter negativem Vorzeichen stehen würden. Zu den möglichen direkten und indirekten Verlusten zählten sie insbesondere:

- eine Verkomplizierung der rechtlichen Grundlagen und der Handelsbedingungen in den Beziehungen zu Ostdeutschland, da dort ein neues Wirtschaftsrecht eingeführt werden mußte;
- ein steiles Absinken des gegenseitigen Warenaustausches;
- die Einstellung der technischen Hilfe durch beide Seiten;
- eine Verschärfung des Solvenzproblems der UdSSR.

Die Vertreter der Wissenschaft erkannten zwar den Rückgang des Handelsvolumens und anderer Richtungen der Zusammenarbeit als real und unvermeidlich an, meinten aber gleichzeitig, daß dies nur zur Gesundung der Beziehungen beitragen werde und es letztlich ermöglichen werde, sich vom Ballast ineffektiver Warenströme zu befreien. Die Spezialisten aus den Forschungsinstituten riefen dazu auf, bei den Verrechnungen mit der DDR auf harte Währung überzugehen, was ein steiles Absinken der Rohstoffexporte aus der UdSSR und die Reinigung des Imports von nicht konkurrenzfähigen Produkten ostdeutscher Betriebe zur Folge haben würde.

Wie die nachfolgende Entwicklung zeigte, setzte sich in der UdSSR die quasi-pragmatische Linie von Gosplan und den anderen obersten sowjetischen Wirtschaftsbehörden durch. Wie schon erwähnt, waren die Beamten, die die Hauptrichtungen der außenwirtschaftlichen Verbindungen der Sowjetunion festlegten, auf eine Wende der Ereignisse in der DDR nicht vorbereitet. Und ihr erster Antrieb, der letztlich die nachfolgende Wirtschaftspolitik der UdSSR gegenüber den östlichen Bundesländern bestimmte, war das Bestreben, so viel wie möglich von dem bisherigen Mechanismus und der Struktur der Verbindungen zu erhalten. Natürlich ging es hier um den Erhalt sogenannter "gesunder Richtungen". Aber die Wahl der Prioritäten konnten die obersten Wirtschaftsbehörden der UdSSR nur von der Position des sowjetischen Technokratismus aus treffen, während den Berechnungen der wirtschaftlichen Effektivität unter Berücksichtigung der realen Weltmarktpreise und der realen Interessen der Akteure auf den Märkten nur zweitrangige Bedeutung beigemessen wurde. Die Vertreter von Gosplan hielten es z.B. im Interesse einer "ungestörten Sicherstellung des Funktionierens des sowjetischen Volkswirtschaftskomplexes" für erforderlich, die Lieferung solcher

¹⁸ G. Wettig, Die sowjetische Rolle beim Umsturz in der DDR und Einleitung des deutschen Einigungsprozesses, in: Beiheft 3 der Historischen Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Stuttgart 1992.

Produkte aus Ostdeutschland aufrechtzuerhalten, für die sich ein "ständiger Bedarf" sowjetischer Auftraggeber ergeben hatte. Dazu gehörten:

- polygraphische Ausrüstungen;
- Ausrüstungen für die Leichtindustrie (insbesondere automatische Rundstrickmaschinen);
- Gußautomaten;
- chemische Ausrüstungen;
- Personen- und Kühlwaggons;
- chemische Produkte;
- dünnes Stahlblech u.v.m.

Um die Warenströme konstant zu halten, wurde vorgeschlagen, die Praxis zwischenstaatlicher Vereinbarungen fortzusetzen und sogar das bisherige Verfahren der Plankoordinierung möglichst unangetastet zu lassen.

Zur Durchsetzung dieser behördlichen Konzeptionen trugen, wie es scheint, vor allem die folgenden Kalkulationen (genauer: Fehlkalkulationen) und Überlegungen bei: Erstens wurde vorgeschlagen, daß der Export und der Import nach wie vor hauptsächlich von den Zentralverwaltungsorganen durchgeführt werden sollte; zweitens war nicht die Möglichkeit vorgesehen, die Prinzipien der inneren Preisbildung zu verändern, somit galt auch auf lange Sicht der Mangel an staatlich beschafften Maschinen, Ausrüstungen und Chemieprodukten als unausweichlich; drittens rechnete man damit, daß die DDR-Unternehmen unter dem Druck der Konkurrenz genötigt sein würden, ihre Preise erheblich zu senken; und schließlich spielte viertens der Umstand eine nicht geringe Rolle, daß die sowjetische Seite Anfang 1990 gegenüber der DDR einen soliden positiven Zahlungsbilanz-Saldo von etwa 2 Mrd. Transfer-Rubel angesammelt hatte.

Die Folgen dieser behördlichen Politik, das alte Modell der Wirtschaftsverbindungen zu konservieren, sprechen für sich: Die Sowjetunion der Perestroika-Periode war nicht nur nicht in der Lage, einen auch nur einigermaßen bedeutenden wirtschaftlichen Vorteil aus der Vereinigung Deutschlands zu ziehen, sondern sie erlitt sogar erhebliche Verluste, da sie in die die Zange einer katastrophal erhöhten Verschuldung geriet.

4.2 Die Schlußphase der Wirtschaftsbeziehungen UdSSR-DDR

So wie in der UdSSR war man auch in der DDR der Modrow-Periode der Meinung, daß es weder möglich noch zweckmäßig sei, die gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion auf einen Schlag zu ändern und daß die bestehenden gegenseitigen Abhängigkeiten für eine Übergangszeit ihre Bedeutung behalten müßten. Von entscheidender Bedeutung war offensichtlich der Erhalt der Absatzmöglichkeiten für fertige Produkte in der UdSSR. In diesem Sinne bedeutete der Verlust oder Erhalt des sowjetischen Marktes ein "Ja" bzw. "Nein" zur Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Der Import von Rohstoffen aus der UdSSR verlor dabei seine Bedeutung als wichtiger Faktor für das Fortbestehen des volkswirtschaftlichen Komplexes.

Wirtschaftsspezialisten der DDR, und zwar Wissenschaftler ebenso wie Manager, verhehlten nicht ihr Interesse daran, daß die Sowjetunion in der Übergangsperiode die DDR-Unternehmen mit ihren

Aufträgen unterstützen und es so ermöglichen sollte, nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen Folgen des Anschlusses an die Bundesrepublik abzumildern. Dabei ging man, wie aus Äußerungen in Gesprächen und Diskussionen hervorging, davon aus, daß der sowjetische Markt, verglichen mit anderen, auf absehbare Zukunft weiterhin wenig anspruchsvoll sein werde und daß die sowjetischen Verbraucher "selbst über Socken aus der DDR froh sein" werden. Man glaubte, daß die sowjetische Industrie mit Ausnahme weniger Betriebe bis auf weiteres nicht in der Lage sein werde, moderne westliche Technologien aufzunehmen und daß der technische Standard der DDR-Produkte den Ansprüchen der sowjetischen Verbraucher vollauf genügen werde. Außerdem hätten sich die sowjetischen Unternehmen an bestimmte Techniken aus der DDR angepaßt, und eine Umorientierung würde mit einem zu hohen Kostenaufwand verbunden sein.

Dagegen wurden die Exportmöglichkeiten der UdSSR nicht hoch eingeschätzt. Und da der Bedarf der DDR an importierten Rohstoffen sinken mußte (so entfiel etwa die Notwendigkeit, sowjetische Rohstoffe in Form von primär verarbeiteten Produkten zu reexportieren, um harte Währung zu gewinnen), war mit einem raschen Anstieg des Handelsbilanzsaldos zugunsten Ostdeutschlands zu rechnen. Vor allem aber gründete sich das Kalkül der DDR-Spezialisten auf die Annahme, daß es der Sowjetunion in nächster Zeit nicht gelingen werde, zur Marktwirtschaft überzugehen und dementsprechend die Prinzipien ihrer Außenwirtschaftspolitik zu ändern.

Auch in der Bundesrepublik wußte man die Bedeutung eines Erhalts der traditionellen Wirtschaftsverbindungen mit der UdSSR zu schätzen, wenn auch bezweifelt wurde, daß sie sich für eine längere Zeit aufrechterhalten ließen. Daß man am Erhalt der ostdeutschen Unternehmen interessiert war, stand im Hinblick nicht nur auf die wirtschaftlichen, sondern auch auf die sozialen und politischen Folgen außer Zweifel.¹⁹ Denn diese Verbindungen wurden als eine Art "Brücke nach Osten" angesehen, deren Bedeutung auf längere Sicht noch zunehmen konnte. Fand diese von DDR-Spezialisten geäußerte "marktfeindliche" Idee, die der direkten Subventionierung der für die UdSSR produzierenden Kombinate dienen sollte, auch in der Bundesrepublik keine Unterstützung, so reichten doch, wie sich herausstellen sollte, die getroffenen Maßnahmen aus, um das Konzept der Exportexpansion der ostdeutschen Industrie zu verwirklichen. Dazu wurden bekanntermaßen folgende Hebel angesetzt:

- Die Bundesrepublik proklamierte das Prinzip des "Vertrauensschutzes", durch das die Erfüllung der von der DDR-Seite übernommenen Verpflichtungen gegenüber ausländischen Partnern gewährleistet wurde;
- es wurde ein System der staatlichen Bürgschaft für Exportkredite durch die Hermes AG eingeführt;
- die durch Warenlieferungen in die UdSSR und andere RGW-Länder erlösten Transfer-Rubel wurden zu einem für die ostdeutschen Unternehmen äußerst vorteilhaften Kurs in DM umgerechnet. Außerdem blieb die zentrale Regelung der gegenseitigen Lieferungen von Gütern aus den sogenannten Indikativlisten faktisch erhalten. Diese umfaßten etwa die Hälfte der Anfang 1990 bestehenden Warenströme und beinhalteten hauptsächlich Rohstoffe und Energieträger im Export der UdSSR und Erzeugnisse des Maschinenbaus, der chemischen Industrie und Konsumgüter im Export Ostdeutschlands²⁰ (die Indikativlisten waren auf Initiative der Statlichen

¹⁹ S. z.B. H. Vogel, Die Vereinigung Deutschlands und die Wirtschaftsinteressen der Sowjetunion, in: Europa-Archiv Nr. 13/14, 1990.

²⁰ S. Veröffentlichungen in Ost-Markt Hefte, Nr. 15 und 16, 1991.

Plankommission der UdSSR eingeführt worden und waren ein Musterbeispiel für voluntaristisch-technokratisches Vorgehen, denn die Priorität der Güter wurde anhand von früheren Vorstellungen bestimmt; die Effektivität dieser Maßnahme für die sowjetische Volkswirtschaft war höchst zweifelhaft).

Da es der sowjetischen Seite an einer durchdachten und klaren Konzeption zur Entwicklung der Außenwirtschaftsverbindungen in der Übergangsperiode fehlte, kam es 1990-1991 zu einem steilen Anstieg der Auslandsverschuldung, vor allem gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Aber auch in den Beziehungen zu den anderen RGW-Ländern sah die Situation nicht viel besser aus.

Tabelle 4

Außenhandel der UdSSR mit den europäischen RGW-Ländern 1989-1990 (Mio. Rubel)				
		1989	1990	1991
Bulgarien	Export	6.170,5	7.492	2.243,9
	Import	7.307,1	9.907	3.741,5
	Saldo	-1.136,6	-2.415,8	-1.497,6
Ungarn	Export	4.187,7	6.927,0	3.092,1
	Import	4.813,3	7.125,8	2.312,0
	Saldo	- 625,6	- 198,8	+ 720,1
Polen	Export	6.298,0	7.908,3	4.036,8
	Import	7.109,3	12.763,7	3.473,2
	Saldo	- 811,3	-4.855,4	+ 563,6
Rumänien	Export	2.344,1	4.731,0	1.718,3
	Import	2.431,2	1.784,2	1.571,1
	Saldo	- 87,1	+2.964,8	+ 147,2
Tschechoslowakei	Export	6.384,6	8.803,6	5.081,6
	Import	6.817,3	10.031,0	4.197,8
	Saldo	- 432,7	-1.227,4	+ 883,9
DDR	Export	7.193,2	4.291,4	...
	Import	7.024,4	7.212,9	...
	Saldo	+ 168,8	-2.921,5	...

Quellen: Vnešnekonomièeskie svjazi SSSR v 1989 g., Moskau: Finansy 1990;
 Vnešnekonomièeskie svjazi v 1991 g., Moskau: Finansovij inžiniring
 1991. Für die DDR 1990 wurden Angaben der Handelsvertretung der

UdSSR in Berlin verwendet.

Als 1990 zur Verrechnung in harter Währung übergegangen wurde, war es für alle Mitgliedsländer offenbar vorrangig, für einen positiven Saldo im Handel mit ihrem hauptsächlichen Partner, der UdSSR, zu sorgen. Dieses Ziel erreichten mit Ausnahme Rumäniens alle osteuropäischen Länder, wobei die besten Resultate von Polen und der DDR erzielt wurden. In der UdSSR stellte man sich eine Aufgabe anderer Art: Hier ging es darum, die Transfer-Rubel zu benutzen, um ein größtmögliches Volumen an gekauften Gütern zu sichern. Der Saldo im Handel mit den einzelnen Ländern wurde, wie man sieht, nicht streng kontrolliert. Außerdem wurden die möglichen Varianten einer Konvertierung des angesammelten Saldos in ein Dollar-äquivalent nicht durchgerechnet.

Wie die bilateralen Verhandlungen zum Problem der Saldo-Umrechnung zeigten, war die Position der sowjetischen Seite erheblich schwächer als die der kleinen RGW-Länder. Die sowjetischen Beamten konnten (oder wollten) in den Verhandlungen nicht das Argument der Nichtäquivalenz im Warenaustausch nach der Formel "Rohstoffe gegen Fertigprodukte" anführen, die die Basis dafür bildete, daß die kleinen RGW-Länder - vor allem durch Lieferungen nicht weltmarktfahiger Produkte - einen positiven Saldo erzielten. Der für die UdSSR negative Saldo im Handel mit Ungarn wurde zum Kurs 1 TR = 0,92 US-Dollar umgerechnet, mit der Tschechoslowakei dagegen zum Kurs 1 TR = 1 US-Dollar.

Noch stärkeres Befremden muß aber der Umrechnungskurs des Transfer-Rubel in DM hervorrufen, der bekanntlich 1 TR = 2,32 DM betrug, d.h. im Handel der UdSSR mit der DDR wurde der Transfer-Rubel um ca. 1,4 mal höher bewertet als etwa im Handel mit der Tschechoslowakei.

Grundlage für dieses Umtauschverhältnis war die Argumentation der deutschen Seite, daß die ostdeutsche Mark im Verhältnis 2 Mark der DDR = 1 DM umgetauscht werde²¹ (fraglich bleibt nur, was das mit dem Außenhandel der DDR zu tun hatte). Als fundierter könnte ein Kurs von 1 Rubel = 1 DM gelten, wenn man die innere Bewertung des Rubel und der DM Ende der achtziger Jahre in der DDR zugrundelegt (s. S. 24,Z.7 *). Obwohl Moskau versuchte, das Problem der Umrechnung und der Verschuldung insgesamt mit der Lösung anderer Probleme zu verknüpfen, u.a. mit der Frage der Übergabe der von der UdSSR in den ostdeutschen Ländern genutzten Gelände und Gebäude und der Finanzierung des Abzugs der sowjetischen Truppen, blieben die Versuche, einen Kompromiß zu erzielen, ergebnislos. Die UdSSR war so zum Schuldner der DDR geworden, und die Schuld betrug 15 Mrd. Mark (nach anderen Berechnungen 17,1 Mrd. Mark).

Unter den sowjetischen Beamten, die sich zu der Zeit mit der Außenwirtschaftspolitik befaßten, war die Überzeugung verbreitet, daß der Grund für das Scheitern des sowjetischen Außenhandels in der, wie sie meinten, übermäßigen Liberalisierung lag: die Unternehmen, die Zugang zum Auslandsmarkt hätten, würden mit allen Mitteln ihren Appetit stillen, ohne sich um die Folgen für das Land zu kümmern. Die Fakten besagen jedoch etwas anderes. 1990 besaß der Staat noch genügend Hebel, um den Auenwirtschaftsbereich zu steuern, und die Käufe, die den steilen Anstieg des Negativsaldos bewirkten, wurden hauptsächlich von staatlichen Organen getätigt. Gerade sie waren es, die es nicht vermocht hatten, dem starken behördlichen Druck unter dem Motto der "Sicherung der Lebensfähigkeit der Volkswirtschaft" zu widerstehen.

In einer Zentralverwaltungswirtschaft fügen sich, wie die Praxis mehrfach gezeigt hat, die be-

²¹ Handelsblatt, 14.06.1991.

hördlichen Interessen nur selten mit den Interessen der Wirtschaft des Landes insgesamt zusammen, in der Regel stehen sie, wie die gesamte Geschichte der Mitarbeit der UdSSR im RGW bestätigt, im Gegensatz zu ihnen. Die Schlußphase der Existenz dieser Organisation bildete in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Bestätigt wird das auch durch den Handel der UdSSR mit den neuen Bundesländern nach 1990. Obwohl die Produkte der ostdeutschen Unternehmen nach ihren Parametern noch nicht mit den entsprechenden westlichen Produkten gleichgezogen hatten, wurden sie nach den bisherigen erhöhten Kriterien bewertet, jetzt aber in harter Währung. In ihrer Mehrzahl wurden sie nach dem zentralen Ankauf so wie früher an die Verbraucher in der UdSSR "verkauft", wobei ein besonders stark erniedrigter Wechselkurs zugrunde gelegt wurde, d.h. für den Verbraucher waren diese Produkte um ein Vielfaches billiger als für den Staat.

Mangels ausreichender Zahlen ist es gegenwärtig nicht möglich, die Effektivität der in den letzten Jahren in der DDR gekauften Technik in der Volkswirtschaft der UdSSR zu untersuchen. Hier soll nur ein Beispiel genannt werden, das aber sehr bezeichnend ist, und zwar schon allein deshalb, weil solche Käufe bis heute getätigt werden. Die Rede ist von Personenzuwagons aus Amensdorf. 1991 sollten entsprechend einer Vereinbarung 1022 in der DDR hergestellte Personenzugwagons im Gesamtwert von 1 Mrd. Mark in die UdSSR geliefert werden.²² Die obersten Beamten des Ministerrats der UdSSR und erst recht des Verkehrsministeriums bestanden darauf, daß dieser Import von vorrangiger Bedeutung war. Nur wurden dabei einige Tatsachen nicht beachtet wie etwa die, daß die in der UdSSR schon vorhandenen Waggonen äußerst ineffektiv genutzt wurden. So stand ungefähr die Hälfte von ihnen wegen Reparaturbedürftigkeit still. Zudem konnte sich ein 1 Mio. Mark teurer Eisenbahnwagen, wenn man die zu der Zeit geltenden Eisenbahntarife zugrundelegt, erst nach 500 Jahren ununterbrochenen Einsatzes amortisieren. In Moskau aber fanden sich sehr starke Befürworter eines Weiterimports aus Ostdeutschland. Mehr noch: Sie haben ihren Einfluß bis heute behalten. 1994 wurde während des Besuchs des russischen Präsidenten in Bonn eine Vereinbarung über den Kauf von Abteilwagen auf Kredit in Höhe von insgesamt 500 Mio. DM unterzeichnet. Die Fragwürdigkeit dieses Geschäfts wird im Licht der folgenden Umstände noch verstärkt:

- der Kredit wurde bei einem bestehenden großen Haushaltsdefizit aufgenommen, wodurch Rußland seine Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik noch weiter erhöht;
- in Twer in Rußland ist in den vergangenen Jahren ein Werk für den Bau von Abteilwagen umgerüstet worden, und der Kauf solcher Wagen in Ostdeutschland gefährdet den Erhalt von 1500 Arbeitsplätzen in dem russischen Betrieb;
- der russische Wagen besitzt im Unterschied zum ostdeutschen bislang keine Klimaanlage, ansonsten steht er ihm in nichts nach, nur ist der Preis des russischen Wagens mehr als viermal niedriger als der seines deutschen Gegenstücks, und zum Zeitpunkt der Auszahlung der Kredite kann der Preis für die Wagen aus Ostdeutschland, in Rubel ausgedrückt, viel schneller steigen als der Preis für einen Wagen aus Twer.²³

Dieses jüngste Wagongeschäft ist, wie wir meinen, ein Überbleibsel des alten Modells der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der DDR als Teilnehmer einer Branchenspezialisierung innerhalb des RGW, und dabei ist Rußland wieder in der Rolle eines staatlichen "Händlers" aufgetreten, und zwar eines solchen, der zum Schaden seines Haushalts "handelt".

²² Bericht des Vorstands der Deutschen Waggonbau AG vom 29.10.1990 (in russischer Sprache).

²³ S. Finansovye izvestija, Nr. 43, 27.09.1994, Beilage zur Zeitung Izvestija.

Dieses Modell hat, wie es scheint, auch in der Schlußphase der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und den neuen Bundesländern keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Wenn der Komplex der von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen, vor allem das Finanzierungssystem durch "Hermes"-Bürgschaften, dazu bestimmt war, zum Erhalt der ostdeutschen Unternehmen und zur Aufrechterhaltung des Osthandels beizutragen, so wurde, wenn man von den Wirtschaftsinteressen der ehemaligen UdSSR ausgeht, die zweite Hälfte der Aufgabe nicht erfüllt. Die Fortführung des Kaufs des im wesentlichen gleichen Warensortiments aus Ostdeutschland auf Kredit kann man kaum als Handel oder als gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit bezeichnen, auch wenn sowjetische Beamte und einflußreiche Lobbyisten, die an dieser Praxis beteiligt waren, vermutlich am entgegengesetzten Standpunkt festhalten.

Für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und Ostdeutschland bestehen sicherlich gute Aussichten. Dazu bedarf es nach unserer Ansicht ihrer "Entstaatlichung", d.h. des Übergangs auf die Ebene unmittelbarer Geschäftskontakte zwischen den Unternehmen. Dabei soll aber die staatliche Beteiligung an der Sicherung der Stabilität der Verbindungen nicht verschwinden, besser wäre es, wenn sie neue Funktionen erhielte, und zwar sollten beide Seiten "Rahmenbedingungen" zur Entwicklung des Handels und aller möglichen Formen der Kooperation schaffen, und sie sollten die größten und bedeutendsten Projekte wie die Erschließung von Rohstoffvorkommen in Rußland und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konversion unterstützen. Zweckmäßig wäre auch die Schaffung eines besonderen deutsch-russischen Fonds zur Förderung der Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Firmen beider Länder. Aus diesem Fonds könnten kommerzielle Risiken in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen abgesichert werden. Aber die Tradition der "brüderlichen" Beziehungen UdSSR-DDR sollte man Vergangenheit sein lassen.

Leonid I. Zedilin

The Soviet Union, the GDR and CMEA in the Gorbachev Era

Bericht des BIOst Nr. 34/1995

Summary

Introductory Remarks

The present Report examines the final episode of the USSR's collaboration in the Council for Mutual Economic Assistance (CMEA), especially from the perspective of its relationship with the GDR. For his fact material the author draws not only upon "open" data but also upon insights gained from meetings and discussions with scholars and practitioners from the USSR and the GDR.

Findings

- 1. Around the middle of the eighties, the CMEA arrived at a critical point in its history: all its motive forces had been exhausted, and developments had set in in the Soviet Union that were heading towards a liberalization of political and economic life. The economic bloc of the socialist countries was being held together solely by the ritualized mechanisms of collaboration. But none of the prognoses that were drawn up in the USSR at the beginning of CMEA's last Five-Year Plan could have predicted the radical changes that were to come about in the system of relations within CMEA before the end of the period covered by the Plan.*
- 2. The GDR, since 1961 the USSR's most important trading partner not only within CMEA but also of all the nations in the world, was the prime importer of Soviet raw materials and at the same time a major supplier of manufactured goods to the USSR. It was the largest participant in the most important joint investment projects on the territory of the USSR. The scale of such a mutual reliance cannot be explained in terms of economic expedience alone.*
- 3. Raw materials in return for uncompetitive finished products - this was the principal way in which the European CMEA countries were tied to the USSR. This pattern granted the smaller CMEA countries a unilateral economic advantage, which they regarded as their reward for their loyalty to the political course steered by the USSR. The highest price was paid to the GDR and was intended to ensure the stability of the "outpost of socialism" in Europe and its non-susceptibility in its dealings with the "capitalist FRG".*
- 4. In the final analysis, the unilateral economic advantages they enjoyed in the exchange of goods with the USSR were not beneficial to any of the smaller CMEA countries, not even to*

the GDR. The reverse side of the coin was wasted resources, excessive material intensity, dwindling competitiveness of their products on the outside markets, and environmental damage.

- 5. The problems that had been piling up in cooperation between the USSR and the CMEA countries had, until the mid-eighties, never really been broached in the USSR's dialogue with the GDR. All the more painful and acute were the discussions, therefore, when the incompatibilities were found to have already grown into insoluble contentions.*
- 6. One of the greatest problems within CMEA over the decades was the artificial nature of the prices and the failure of the transferable ruble to function as intended. By the second half of the eighties, the clearing system situation had become intolerable for the Soviet side. The prices of by far the majority of finished products supplied by the GDR to the USSR were many times higher than the prices charged for exports of the same or similar products to the West or even to the developing countries. In this way, the USSR was subsidizing the GDR economy to the tune of \$US 3.3 to 4 billion per year.*
- 7. Importing surplus quantities of raw materials from the USSR made it possible for the GDR to export these in semi-processed condition and thus not only to keep its domestic economic and social situation stable but also to maintain a relative balance in its external economic relations. In the course of the eighties, the GDR became one of the largest net exporters of petroleum products in Europe.*
- 8. The GDR's hopes of becoming involved in the USSR's highly developed techno-scientific potential on the basis of pertinent multilateral and bilateral programmes and arrangements were not fulfilled. Just like the other CMEA countries, the GDR was unable to gain access to the USSR's latest technologies, because the Soviet military-industrial complex did not seriously take part in techno-scientific cooperation schemes within the framework of CMEA.*
- 9. Towards the end of the eighties, the traditional problems of USSR/GDR economic relations were complemented by a new one: the impossibility of linking up the command economy of the GDR and the economic system of the USSR, which was becoming freer and paying more and more attention to applying operations management and accounting principles.*
- 10. The 43rd, 44th and 45th CMEA sessions sought actively for solutions along the lines of a "third path": amalgamation of the traditional basis of cooperation in the form of coordination of the national plans with new forms of cooperation at the level of the primary entities in the production process. In the course of the discussions, fundamental differences between the USSR and the GDR became apparent as regards their respective understanding of the new forms of association and how they should be implemented.*
- 11. The decision that mutual trade should in future be conducted in convertible currency and at current world market prices sealed the fate of CMEA once and for all. The Soviet side's resolute stance on this issue was rooted in conceptions developed and calculations performed above all by the State Planning Commission (Gosplan) and the Foreign Trade*

Ministry of the USSR.

- 12. Although conditions were favourable for an immediate conversion of USSR/GDR trade to accounting and payments in "hard" currency, the existing practice of payment in transferable rubles was retained for all of 1990. Within one year the USSR's trade deficit widened by 3 billion transferable rubles.*
- 13. Conversion of the USSR's passive balance relative to the GDR was based on an unsupported and unjustified conversion rate that was 40 percent higher than, for example, the rate used in clearing operations with Czechoslovak.*
- 14. The package of measures adopted by the German government to sustain the re-united eastern German states' trade with the USSR - and with Russia as its legal successor - proved to be of no avail. Economic relations between the eastern German states and Russia can hope to recover only if they are "de-nationalized" and emancipated from the system-conditioned legacy of "brotherly bonds".*